der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2012

„Fonds „Heimerziehung in der DDR“

Spionieren und zersetzen

Im nordkoreanischen Arbeitslager

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

3 Ikea entschuldigt sich
Neue Forschung zu Grenzopfern
Straße nach Peter Fechter benennen
Wettbewerb

Dokumentiert

4 Prozeß noch nicht am Ende
Kein Beitrag zur Aufklärung?

Recht

5 Fonds „Heimerziehung in der DDR"
6 Zwangsarbeit in Bautzen
Beratungstag in Niedersachsen
7 Vermögen anrechenbar?
Gefunden

Aufarbeitung

8 Spionieren und zersetzen, Teil 1

International

10 Nordkorea: Sie lebten schlimmer als Hunde

Berichte

12 „Wie oft starb die Zuversicht…"

Verbände

13 Bützow
UOKG
14 AG Sachsenhausen
Sachsenheime
Ketschendorf
Bautzen
VOS
15 Leserbriefe

Service/Bücher

16 Lebensgeschichten
Die Welt im Blick
17 Die Militarisierung der DDR
18 Befreiung?
Der Kommunist und die Westpakete

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild:
Bei einer Informationsveranstaltung am 14. August im Rathaus Berlin-Schöneberg: Ehemalige DDR-Heimkinder, hier (v.l.) Kerstin Kuzia, Karin Thiele, Ursula Burkowski und Bernd Thiele, haben Grund zur Freude. Aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR" können sie in Zukunft Unterstützung erhalten (s. S. 5).

Foto: K. Kuzia

Ein Museum des Kalten Krieges

Von Rainer Wagner

Über 40 Jahre prägte der Begriff „Kalter Krieg" das politische Weltgeschehen. Viele Einzelheiten sind jedoch im Bewußtsein der Öffentlichkeit schon untergegangen. In und um die „Frontstadt" Berlin eskalierte dieser Krieg: Luftbrücke, Menschenentführungen, Agentenaustausch, Berlin-Ultimaten und Mauerbau sind nur einige Stichworte. Was jeweils ernst gemeint war und was eher auf psychologische Effekte setzte, bedarf intensiver historischer Forschung. So waren die 18 US-Panzer, die 36 sowjetischen Panzern am 27. Oktober 1961 beim Checkpoint Charlie gegenüberstanden, nie als Anlaß eines Dritten Weltkrieges gedacht. Kennedy hatte klar Order gegeben, Berlin sei keinen Krieg wert. Die Kuba-Krise wenige Monate später war da viel riskanter. Der Ostblock plante in seiner Militärdoktrin den Einsatz von Atomwaffen von Anfang an ein. Deutschland wäre ein atomares Schlachtfeld geworden. Wen wundert es, daß renommierte Historiker wie Alfred Grosser oder Politiker wie die früheren Außenminister James A. Baker und Władyslaw Bartoszewski den Plan eines Museums des Kalten Krieges nachdrücklich unterstützen. In Deutschland gehören zu den Unterstützern u.a. der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière, Kohl-Berater Horst Teltschik und Markus Meckel, letzter DDR-Außenminister.

Kein Zweifel, die Zeit des Kalten Krieges muß erforscht und soll dargestellt werden. Auch heutige weltpolitische Machtkonstellationen und Spannungen haben ihre Wurzeln im Kalten Krieg. Geht er womöglich auf ökonomischem Gebiet z.B. zwischen dem totalitären China und den wirtschaftlich schwächelnden Demokratien weiter? Begann er 1945/46 oder bereits 1917?

Wichtige Fragen im Vorfeld sind jedoch erst einmal: Wo in Berlin soll das Museum stehen und wie wird es gestaltet werden? Zur Zeit wird über zwei Orte diskutiert – Checkpoint Charlie und ehemaliger Flughafen Tempelhof. Das Problem bei der Planung für den Checkpoint ist nicht überraschend: Es fehlt am Geld. Deshalb möchte man das Museum in einem von einem Privatinvestor zu errichtenden Hotel bzw. Bürohaus unterbringen, einem Gebäude, das es möglicherweise nie geben wird. Denn das insolvente Grundstück gehört einem ausländischen Gläubiger und ist mit nahezu 100 Millionen Euro belastet. Wer wird da wann bauen? Können die erhofften 3000 Quadratmeter Museumsfläche jemals zu einem für die öffentliche Hand zumutbaren Preis vermietet werden? Hinzu kommt am Checkpoint Charlie, daß dort ein sehr gut besuchtes Museum steht. Es soll eine Themenergänzung entstehen. Doch wie viele Touristen werden sich nach zwei bis drei Stunden im Haus am Checkpoint Charlie wohl noch einmal über 3000 Quadratmeter Museum quälen? Der Flughafen Tempelhof ist ebenfalls ein authentischer Ort. Das Ensemble aus Platz der Luftbrücke, Luftbrückendenkmal mit der Erinnerung an die für die Freiheit Berlins umgekommenen Flieger und Alliiertenmuseum bietet sich als Standort an. Die Chance auf Realisierung scheint hier größer. Um es klar zu sagen, die meisten Unterstützer wünschen sich das Museum an den Checkpoint Charlie. Doch aus den genannten Gründen sollte die Alternative Tempelhof ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Vielleicht noch wichtiger ist die Frage nach der inhaltlichen Gestaltung. Der Kalte Krieg war im heutigen Verständnis eine Auseinandersetzung zweier Konfliktparteien, die sich jeweils aggressiv oder defensiv gegenüberstanden. Auf der einen Seite die westlichen Demokratien, auf der anderen ein sozialistisches Großexperiment. Das Thema bietet sich geradezu an, unter Umgehung eines fundierten Vergleichs beider Systeme ein einseitiges Geschichtsbild zu präsentieren. Die Linkspartei versucht ja seit vielen Jahren, mit Verweis auf den Kalten Krieg die Verbrechen der SED zu verharmlosen. All das Elend, das kommunistische Diktaturen über die Welt gebracht haben, soll mit den Gegebenheiten des Kalten Krieges gerechtfertig werden. Es besteht hier die Gefahr, daß Hundert Millionen Tote, die das sozialistische Experiment seit 1917 zu verantworten hat, Hunderttausende politische Häftlinge und millionenfaches Leid durch Entrechtung, Zersetzung und Diskriminierung zu einem Kollateralschaden des Kalten Krieges reduziert werden. Darauf müssen wir ein Auge haben.

Ikea entschuldigt sich

(uokg) Die Pressesprecherin der Firma Ikea hat sich gegenüber dem UOKG-Vorsitzenden Rainer Wagner für ein Schreiben ihres Unternehmens entschuldigt, in dem eine Projektmitfinanzierung zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in DDR-Haftanstalten abgelehnt wurde. Dort hieß es u.a.: „Es gäbe vieles zu unterstützen, doch alles ist selbst uns nicht möglich."

Die Sprecherin begründete das bedauerliche Schreiben mit urlaubsbedingten Kommunikationsproblemen innerhalb ihres Unternehmens. Der Brief der UOKG sei versehentlich an eine Mitarbeiterin gekommen, die von der Problematik nicht unterrichtet war. Rainer Wagner erklärte, daß er die Darlegung als glaubwürdig betrachte und die Entschuldigung akzeptiere.

Er sagte: „Ikea hat sich, im Gegensatz zu anderen Unternehmen und Institutionen, sehr früh bereiterklärt, seine Verwicklungen in das Zwangsarbeitssystem der DDR zu erforschen und aufzuarbeiten. Diese Haltung haben wir Opfervertreter immer positiv betrachtet. Um so mehr hat uns das fragliche Schreiben befremdet. Nach Aufklärung der Hintergründe dieses Briefes gehen wir nun von einer konstruktiven zukünftigen Zusammenarbeit aus." In einem Telefonat bat Wagner die Firma, den von einem anerkannten Historiker erstellten Projektvorschlag zur Erforschung der DDR-Zwangsarbeit noch einmal wohlwollend zu prüfen.

Neue Forschung zu Grenzopfern

(jufo) Wissenschaftler der Freien Universität haben den Auftrag erhalten, das Schicksal aller Opfer des DDR-Grenzregimes zu erforschen. In dem von Kulturstaatsminister Bernd Neumann sowie den Ländern Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hessen finanzierten und an der Gedenkstätte Berliner Mauer vorgestellten Projekt sollen alle Todesfälle an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze untersucht und Biographien der Opfer erstellt werden. Das Schicksal dieser Opfer ist noch nicht grundlegend erforscht.

Als Ergebnis der Forschung wird ein Totenbuch mit Kurzbiographien der Grenzopfer erscheinen. Die Leitung des Projektes im Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin haben Prof. Dr. Klaus Schroeder und Dr. Jochen Staadt. Das Projekt läuft bis Ende 2015. Die Wissenschaftler wollen in Zusammenarbeit mit dem Center für digitale Systeme der Freien Universität eine ausführliche und besonders für die politische Bildung und den Schulunterricht aufbereitete Präsentation aller Männer, Frauen und Kinder im Internet zugänglich machen, die Opfer des DDR-Grenzregimes an der ca. 1400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze wurden. Klaus Schroeder betonte, die Erinnerung an sie sei auch mehr als 20 Jahre nach dem Fall der Mauer wichtig.

Für ihre Untersuchung werten die Wissenschaftler Archive in Ost- und Westdeutschland aus, darunter Akten mehrerer Landesarchive, des Bundesarchivs, der Stasiunterlagen-Behörde, der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter und des Freiburger Militärarchivs.

Straße nach Peter Fechter benennen

(uokg) Anläßlich des 50. Todestages Peter Fechters am 17. August 2012 hat sich der Vorsitzende des Dachverbandes der Opferbände, Rainer Wagner, mit einem Schreiben an die Bundeskanzlerin gewandt. Er bat sie darin, das Anliegen der SED-Opfer zu unterstützen, eine Straße nach Peter Fechter zu benennen, der am 17. August 1962 nach Schüssen auf ihn an der Berliner Mauer qualvoll verblutete.

Es wäre äußerst wünschenswert, wenn die Kanzlerin, nachdem schon Kulturstaatsminister Neumann seine Unterstützung bekundet habe, sich „mit der moralischen Autorität ihres Amtes der Initiative anschließen" würde. Peter Fechter stehe auf Grund seines qualvollen öffentlichen Sterbens exemplarisch für alle Opfer von Mauer und innerdeutscher Grenze. „Diese beabsichtigte Straßenumbenennung wäre ein starkes Signal. Jedoch kann sie nur der Anfang sein. Denn während zahlreiche Straßen in Deutschland nach verantwortlichen früheren SED-Größen benannt sind, bilden Straßenbenennungen nach SED-Opfern bedauerlicherweise immer noch eine Ausnahme."

Wettbewerb

(md) Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 schreibt die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Jahr 2013 zum neunten Mal ihren künstlerischen Wettbewerb „geschichts-codes" für Studierende aus. Der Wettbewerb „geschichts-codes" 2013 widmet sich dem Thema „Entwurf für ein Denkmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der DDR". Sowohl Vorschläge für die äußere Gestaltung des Denkmals als auch für die Denkmalsinschrift können eingereicht werden. Als Standort ist ein repräsentativer Platz in Berlin-Mitte vorgegeben.

Die UOKG begrüßt die Wahl dieses Mottos und unterstützt den aktuellen Wettbewerb der Bundesstiftung. Ernst-Otto Schönemann, Sprecher der Initiative Mahnmal des Dachverbandes betonte: „Es freut mich sehr, daß die Bundesstiftung Aufarbeitung einen studentischen Wettbewerb für den Entwurf eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus ausloben wird, denn schon lange ist es unser Anliegen, daß an einem zentralen Platz in Berlin ein Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland entstehen wird. Darüber hinaus ist die kreative Umsetzung neben der Finanzierung der entscheidende Aspekt bei der Verwirklichung unseres Vorhabens."

Bereits in der Vergangenheit sind aus dem studentischen Wettbewerb „geschichts-codes" der Bundesstiftung bemerkenswerte Entwürfe hervorgegangen, zuletzt u.a. im Rahmen der Diskussion um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal. (Weitere Informationen zu den vergangenen Wettbewerben der Bundesstiftung unter www.stiftung-aufarbeitung.de/wettbewerbe-1440.html)

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Prozeß noch nicht am Ende

Landesbischöfin Junkermann antwortet auf Offenen Brief

In einem Offenen Brief hatten sich auf Initiative des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasiopfer zahlreiche Opferverbände und viele betroffene Einzelpersonen an die Magdeburger Bischöfin Ilse Junkermann gewandt und eine eindeutige Parteinahme für die Opfer der SED-Diktatur gefordert, anstatt für die Täter. Ein Verständnis des von Frau Junkermann eingeforderten Mitgefühls für Stasi-Spitzel dürfe diesen Schwerpunkt nicht ablösen. Am 2. Juli antwortete die Landesbischöfin dem Niedersächsischen Netzwerk:

„…haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Mai zum Thema Versöhnung zwischen Opfern und Tätern in der DDR-Diktatur. Ich bin froh, dass Sie mir schreiben und wir brieflich miteinander ins Gespräch kommen.

Sie haben recht mit allem, was Sie zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit innerhalb der Evangelischen Kirche schreiben. Hier ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel geschehen, auch mit disziplinarischen und arbeitsrechtlichen Konsequenzen, wo dies möglich war. Aber wir sind mit diesem Prozess noch nicht am Ende.

Natürlich steht für mich das Mitgefühl mit den Opfern der SED-Diktatur an erster Stelle. Ich sehe, je mehr ich mich mit dem Thema beschäftige, wie tief die Verletzungen sind. Und mich bedrückt, wie hoch die bürokratischen Hürden sind, um wenigstens jetzt angemessene Entschädigungszahlungen zu bekommen. Mit einigen, die auf der Ihrem Schreiben angehängten Liste genannt werden, stehe ich zu all diesen Fragen ebenfalls in Briefkontakt. Mein Eindruck ist, dass das Leid der Opfer vielerorts noch zu wenig gesehen und zu sehr verschwiegen wird. Dies gilt nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für unsere Kirchengemeinden.

Auf der anderen Seite (und in dieser Reihenfolge!) liegt mir aber auch daran, die Täter in den Blick zu bekommen, um die Mauer des Schweigens und Verdrängens, die ich wahrnehme, aufzuweichen. Es sind ja, das schreiben Sie selbst, sehr unterschiedliche Wege, auf denen Menschen dazu gekommen sind, nicht nur Mitläufer, sondern aktiver Teil des Systems zu werden. Mir geht es darum, auch hier nicht über einen Kamm zu scheren, sondern, wo die Bereitschaft da ist, Gespräche anzuregen. Dass diese Gespräche nur dann zu mehr Verständnis oder gar Versöhnung führen, wenn begangene Schuld auch gesehen und eingestanden wird, versteht sich von selbst. Alles andere wäre eine Farce und wird dem Leid der Opfer nicht gerecht. Und auch dann lässt sich Vergebung nicht verordnen und ist ganz und gar freiwilliges Geschehen. Es ist mir aber wichtig, Gesprächsräume innerhalb der Kirche zu eröffnen, die Schritte in dieser Richtung ermöglichen. Nur so, durch Erinnern und Erzählen des Geschehenen, können Wunden ausheilen und Gräben, die unsere Gesellschaft spalten bis in die Kirchengemeinden hinein, überwunden werden. Dies ist zumindest meine feste Überzeugung, und das ist der Grund, warum ich mich für dieses Thema so stark mache.

In der Hoffnung, dass ich mich Ihnen mit diesen Zeilen verständlich machen konnte und mit allen guten Wünschen für Ihre wichtige Arbeit verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Ihre Ilse Junkermann
Landesbischöfin"

Kein Beitrag zur Aufklärung

Briefwechsel zwischen UOKG und Bundesfinanzministerium über die Entschädigung für Zwangsarbeiter

In der Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeitern in Haftanstalten der ehemaligen DDR hatte sich der Bundesvorsitzende des Dachverbandes der Opferverbände, Rainer Wagner, Ende Juni in einem Schreiben an das Bundesfinanzministerium gewandt. Er machte darauf aufmerksam, daß IKEA nur die „Spitze des Eisbergs" gewesen sei. So hätte es auch andere westliche Firmen gegeben, die von der Ausbeutung der Gefangenen profitierten. Der größte Teil der Zwangsarbeit sei allerdings für Firmen aus der DDR geleistet worden, die später von der Treuhand abgewickelt bzw. verkauft wurden. Da das Finanzministerium für die Treuhand unmittelbar zuständig sei, sehe die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft hier eine Verantwortung des Ministeriums. „Wir sind davon überzeugt, dass Ihr Ministerium für die Untersuchung und die Aufarbeitung der Verwicklung zuständig ist. […] Gleichzeitig erwarten wir Vorschläge für eine angemessene Entschädigung der betroffenen ehemaligen politischen Häftlinge."

Das Finanzministerium wurde um einen Gesprächstermin ersucht, es antwortete am 25. Juli: „…Dem Bundesministerium der Finanzen bzw. der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) liegen zur Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen keine Erkenntnisse oder Unterlagen vor. Alle bei der BvS hierzu bislang erfolgten Recherchen in den vorhandenen Lohn- und Geschäftsunterlagen der Abwicklungsunternehmen waren ergebnislos. Geschäftsunterlagen der privatisierten Unternehmen werden dagegen in dem jeweiligen Unternehmen aufbewahrt. Auch aus anderen Zusammenhängen sind hier keine Tatsachen zu dieser Problematik bekannt. Insoweit kann weder das Bundesministerium für Finanzen noch die BvS etwas zur Aufklärung bzw. Aufarbeitung der Problematik beitragen. Das von Ihnen erbetene Gespräch würde zu keinem anderen Ergebnis führen.

Hinweise könnten sich gegebenenfalls aus den entsprechenden Gefangenenakten der ehemaligen DDR ergeben. […] Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen in dieser Angelegenheit nicht weiterhelfen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag Schelenz"

Die UOKG sieht das Bundesfinanzministerium nach wie vor in der Verantwortung und hat erneut in einem Schreiben Gespräche gefordert.

Fonds „Heimerziehung in der DDR“

Hilfe für ehemalige DDR-Heimkinder 1949 bis 1990

(st) Nachdem zum 1. Januar 2012 der Fonds „Heimerziehung West“ eingerichtet wurde, gibt es seit dem 1. Juli 2012 auch den Fonds „Heimerziehung in der DDR“. Er umfaßt ein Volumen von insgesamt 40 Millionen Euro und wird von Bund und ostdeutschen Ländern gemeinsam finanziert.

Ehemalige DDR-Heimkinder können Hilfen und Unterstützungsleistungen bei heute noch bestehenden Folgeschäden und/oder bei Minderung von Rentenansprüchen erhalten. Berechtigt sind nicht nur ehemalige Insassen von Sonderheimen, sondern von allen Heimeinrichtungen der DDR-Jugendhilfe sowie von Dauerheimen für Säuglinge und Kleinkinder in den Jahren 1949 bis 1990. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Fonds besteht aber nicht.

Ausgleichsleistungen werden gewährt, wenn für erbrachte Arbeitsleistungen während des Heimaufenthaltes keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt oder geleistete Beiträge von der Rentenversicherung nicht anerkannt wurden und die Rentenansprüche dadurch gemindert sind.

Über Hilfen und Unterstützungsleistungen wird eine Vereinbarung zwischen dem Betroffenen und dem Berater der regionalen Anlaufstelle getroffen. Die Anlaufstellen reichen die Vereinbarung beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ein. Dieses prüft die Unterlagen und zahlt die finanziellen Mittel aus.

Zuständig sind grundsätzlich die regionalen Anlauf- und Beratungsstellen, in deren Einzugsgebiet der Betroffene aktuell wohnt (Wohnortprinzip). Ausnahmen: Wenn der aktuelle Wohnsitz im Ausland oder nicht in einem ostdeutschen Bundesland liegt, ist diejenige Anlauf- und Beratungsstelle zuständig, in dessen Gebiet die erste Heimeinweisung durch das damals zuständige Jugendamt erfolgte (Einweisungsprinzip).

Für Reisekosten, Kopie- und Telefonkosten stehen für jeden Antragsteller 250 Euro zur Verfügung. Bei finanziellem Engpaß bzw. in Notlage können diese bei der zuständigen Anlaufstelle telefonisch beantragt werden.

Land Berlin
Berliner Anlauf- und Beratungsstelle
für ehemalige Heimkinder
Fregestraße 38 A
12161 Berlin
Tel. (030) 85 75 77 61
Fax (030) 85 75 77 60
info-heimerziehung@sozkult.de
www.abeh-berlin.de
Ansprechpartner: Reinhilde Godulla, Stefan Henn, Manuel Koesters, Marie Martensen, Herbert Scherer, Petra Schwarzer
Telefonische Sprechzeiten zur Vereinbarung eines Beratungsgespräches:
Mo 10 bis 12 Uhr
Di „Treffpunkt Café“ und „Offene Tür“ 15 bis 17 Uhr
Mi 13 bis 15 Uhr
Do 16 bis 18 Uhr

Land Brandenburg
Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
Hegelallee 3
14467 Potsdam
Tel. (03 31) 23 72 92 17
anlaufstelle@lakd.brandenburg.de
www.aufarbeitung.brandenburg.de
Ansprechpartner: Petra Morawe, Silvana Hilliger
Telefonische Sprechzeiten zur Terminvereinbarung: Mi und Do 14 bis 18 Uhr

Land Mecklenburg-Vorpommern
Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“
Jägerweg 2
19053 Schwerin
Tel. (03 85) 557 16 6-1 oder 2
Fax (03 85) 73 40 07
heimerziehung@lstu.mv-regierung.de
b.bley@lstu.mv-regierung.de
g.buggenhagen@lstu.mv-regierung.de
Ansprechpartner: Burkhard Bley, Gudrun Buggenhagen

Land Sachsen
Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen Fonds „Heimerziehung in der DDR“
Funkenburgstraße 2
04105 Leipzig
Tel. (03 41) 12 66-240
heimerziehung@ksv-sachsen.de
Ansprechpartner: Bettina Monse, Verena Liebing
Beratungszeiten der Anlauf- und Beratungsstelle:
Mo 9 bis 16 Uhr
Di 9 bis 19 Uhr
Mi 9 bis 12 Uhr
Do 9 bis 16 Uhr
Fr 9 bis 12 Uhr
Darüber hinaus nach vorheriger Vereinbarung.

Land Sachsen-Anhalt
Anlauf- und Beratungsstelle DDR-Heimkinderfonds Sachsen-Anhalt
Liebknechtstraße 65
39110 Magdeburg
Tel. (03 91) 72 73 99-20 (für Terminabsprachen oder Anfragen)
Fax (03 91) 72 73 99-14
heimkinderfonds@ms.sachsen-anhalt.de
www.heimkinderfonds.sachsen-anhalt.de
Ansprechpartner: Dr. Klaus-Peter Meyer (Leitung), Tina Spengler, Jürgen Wesner
Erreichbar für Terminabsprachen oder Anfragen zu folgenden Zeiten:
Mo, Mi, Fr 9 bis 13 Uhr
Di, Do 14 bis 17 Uhr

Land Thüringen
Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heimkinder
Hölderlinstraße 1
98527 Suhl
Tel. (036 81) 73 46 91
oder (01 60) 95 38 06 55
Fax (036 81) 73 46 92
may@tlstu.thueringen.de
Telefonische Erreichbarkeit:
Mo bis Do 9 bis 12 Uhr und
14 bis 16 Uhr

Wer kein Geld hat, dem hilft nicht, daß er fromm ist.

Martin Luther

Na, wenn sogar der es sagt...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,– Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Zwangsarbeit in Bautzen

Im Hinblick auf den Artikel „Bundesarchive öffnen!" in Nr. 5/2012 bedarf es noch einer Ergänzung. Nach der Bewachungsübernahme durch die DDR-Volkpolizei wurden ab 1951/52 in Bautzen I die politischen Häftlinge zur Zwangsarbeit herangezogen. Man hatte im Kreuzbau in den Sälen 5 bis 8 unterschiedliche Werkstätten eingerichtet: Maschinenbau, Tischlerei, Textilverarbeitung sowie eine Abteilung, die Pistolentaschen herstellte.

Ich hatte laut Arbeitskarte vom 05.01.1953 bis 17.01.1954 in der Schneiderei „VEB-Kleidermacher Dresden, Zweigwerk V" gearbeitet. Wir traten in drei Schichten an; ich gehörte zur C-Schicht.

Als „Entlohnung" bekamen wir täglich 4,- DM (Ost), um uns noch zusätzlich Lebensmittel und Zigaretten aus dem Magazin zu erwerben. Der darüber verbleibende restliche Tagessatz wurde auf ein Sperrkonto eines sogenannten „Stadtkontors" in Ost-Berlin überwiesen. Die genau Gesamthöhe (ob 12,- oder 15,- DM) ist mir nicht mehr bekannt. Wir wurden lediglich darauf hingewiesen, daß wir nach der Haftentlassung dort im „Stadtkontor" den Gesamtbetrag abheben könnten.

Die Umsetzung dieser Empfehlung war allerdings von keinerlei Erfolg gekrönt. Abgesehen von der Tatsache, daß ich direkt 1954 in die Bundesrepublik entlassen wurde und mich der Weg daher nicht nach Ost-Berlin führte, versuchte ich nach dem Niedergang der DDR 1989 Kontakt mit diesem ominösen Stadtkontor aufzunehmen. Es ging mir darum, zu erfahren, wo die Häftlingsgelder verblieben sind in all den Jahren.

Im November 1995 erhielt ich aufgrund meiner Anfrage bezüglich meines Kontosperrguthabens von der „Gesellschaft für kommunale Altbetriebe und Sonderaufgaben der Währungsumstellung mbH" (entsprechend dem Gesetz zur „Regelung offener Vermögensfragen") folgende Antwort: „Die von Ihnen beantragten Vermögenswerte konnten von Amts wegen trotz umfangreicher Recherchen nicht ermittelt werden..." Ein Konto auf meinen Namen existiere nicht. Weitere Antragsversuche blieben unbeantwortet.

Offensichtlich scheinen diese Sklavengelder bei der Währungsumstellung verlorengegangen zu sein. A fonds perdu! Die Wende hatte, wenn man es genau betrachtet, nur ihre guten Seiten. Nicht nur Industrieunternehmen haben sich durch Polithäftlingsarbeit bereichert, sondern auch der Staat hat davon profitiert.

Dieser mysteriöse Vorgang sollte ebenfalls in die Dokumentation „Strafvollzug in der DDR" aufgenommen werden.

Jochen Stern

Gesucht

Wer hat ähnliche Erfahrungen bei der Zwangsarbeit gemacht?

Das heißt, wem wurde ebenfalls Arbeitsentgelt auf einem Ost-Sperrkonto, z. B. bei einem „Stadtkontor" oder einer Bank bzw. Sparkasse angekündigt?

Schriftliche Informationen bitte an Redaktion „Der Stacheldraht", Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

In eigener Sache

Von der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7 auf 19 Prozent des Presseversands bei der Deutschen Post ist auch „der stacheldraht" betroffen. Jährlich müssen wir 4500 Euro zusätzliche Eigenmittel aufbringen. Mit Einsparungen allein ist dies nicht zu leisten. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser herzlich, unsere Zeitschrift zu unterstützen. Bitte spenden Sie großzügig, damit auch weiterhin die regelmäßige Information der ehemaligen Verfolgten, ihrer Angehörigen, politischer Entscheidungsträger und Interessierter gesichert ist.

Konto: BSV-Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende"

Vielen Dank!

Die Herausgeber/Die Redaktion

Beratungstag in Niedersachsen

Niedersachsen hat als einziges westdeutsches Bundesland eine eigene Beratungsstelle für Opfer der SBZ/DDR-Diktatur eingerichtet. Zahlreiche Opfer der DDR-Diktatur leben in Niedersachsen. Um möglichst viele Menschen persönlich zu erreichen, bietet das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport auch in diesem Jahr wieder Beratungstage für Verfolgte der SBZ/DDR in verschiedenen Städten an. Die Beratungen finden in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Sachsen-Anhalt statt. Es werden auch Vertreter der in Niedersachsen organisierten Opferverbände bzw. des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer als selbst Betroffene an den Beratungen teilnehmen, um mit ihrer Fachkompetenz die Veranstaltung zu unterstützen.

Der nächste Beratungstag wird stattfinden am **Mittwoch, dem 26. September 2012, von 9.30 bis 15.30 Uhr, im Rathaus, Ratssitzungssaal, Markt 30, 49076 Osnabrück.**

Interessierte Bürger können sich ohne Voranmeldung u.a. über die bestehenden Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen informieren. Telefonische Rückfragen sind während der Sprechzeiten am Beratungstag unter der Telefonnummer (0541) 323 20 10 möglich.

Es besteht auch die Möglichkeit, Anträge auf Einsichtnahme in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegen Vorlage des Personalausweises zu stellen bzw. sich zur Antragstellung beraten zu lassen.

Karin Nitsch
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Vermögen anrechenbar?

Auch Behörden streiten gegeneinander

Bis hoch zum Bundesverwaltungsgericht haben sich Behörden geklagt, ob angesparte Beschädigtengrundrente als Vermögen zur Deckung eines sozialhilferechtlichen Bedarfs eingesetzt werden muß. Im vorliegenden Fall geht es um Eingliederungshilfe für die Heimerziehung. Das Bundesverwaltungsgericht sagt nein und hat die Entscheidungen der Vorinstanzen im Ergebnis bestätigt und die Revision des Beklagten zurückgewiesen.

Die beteiligten Parteien streiten über die Erstattung von Unterbringungskosten in einer Jugendhilfeeinrichtung. Die Trägerin der Jugendhilfe hat die Kosten von ca. 85 000 Euro vorläufig übernommen. Sie hat die Trägerin der Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz auf die Begleichung des noch offenen Restbetrages in Höhe von 20 000 Euro verklagt. Letztere hat die Zahlung verweigert unter Berufung darauf, daß die Leistungen nicht in voller Höhe hätten erbracht werden müssen, weil die Hilfeempfängerin eigenes Vermögen aus einer angesparten Beschädigtengrundrente hätte einsetzen müssen. Diese war der Hilfeempfängerin nach dem Opferentschädigungsgesetz in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz zuerkannt worden, weil sie als Kind sexuell mißbraucht und hierdurch eine zur Minderung der Erwerbsfähigkeit führende Gesundheitsstörung erlitten hatte.

Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht haben der Klage der Trägerin der Jugendhilfe stattgegeben, mit der Begründung, daß die Grundrente nicht als Vermögen anzurechnen sei. Wie bereits oben erwähnt, vertritt das Bundesverwaltungsgericht den gleichen Standpunkt. Im Erstattungsstreit kann sich der Beklagte nicht auf die Verwertbarkeit der angesparten Beschädigtengrundrente berufen. Die Verwertung bedeutet nämlich für den Hilfeempfänger eine Härte und kann im Allgemeinen daher regelmäßig nicht verlangt werden. Die Grundrente ist eine Entschädigung für die körperlichen Beeinträchtigungen, die ideellen Zwecken wie der Genugtuung für erlittenes Unrecht dient, soll aber auch zu einem geringen Teil Mehraufwendungen ausgleichen, die ein gesunder Mensch nicht hat.

Dennoch ist die Beschädigtengrundrente insgesamt nicht als Vermögen anzurechnen, weil sie unabhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen pauschal und ohne im Einzelfall nachzuweisenden Mehrbedarf gezahlt wird. Demzufolge ist es dem Anspruchsberechtigten freigestellt, darüber zu entscheiden, wann und wofür er diese Mittel verwendet. Art und Umfang dessen, was zum Ausgleich der Gesundheitsschädigung tatsächlich erforderlich ist, hängen besonders von den persönlichen Wünschen und Bedürfnissen des Geschädigten ab. Eine zweckentsprechende Verwendung der Grundrente ist danach auch dann gegeben, wenn der Geschädigte das Geld anspart und selbst bestimmt, wann und für welchen schädigungsbedingten Mehrbedarf er es einsetzt. Diese Entscheidung ist nicht nur zutreffend für Betroffene im Sinne des Opferentschädigungsgesetzes, sie ist auch anwendbar für Betroffene, die eine Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz für haftbedingte Gesundheitsschäden erhalten.

Nähere Informationen unter
Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein

Gefunden

Die Geburtsurkunde der Stasi

Am 8. Februar 1950 hat die Volkskammer der DDR das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatsicherheit einstimmig beschlossen. Die sowjetrussische „Tscheka" war das große Vorbild für die Mitarbeiter der Stasi. Briefe untereinander haben sie gern „mit tschekistischem Gruß" unterzeichnet.

Am 6. Dezember 1917 beauftragte die sowjetrussische Regierung unter Lenins Vorsitz F. E. Dserschinski mit der Bildung der Tscheka, dem berüchtigten Staatssicherheitsorgan, das 1922 in GPU und 1934 in NKWD umbenannt worden ist.

Aber es gibt noch ein wesentlich älteres Vorbild für Stasi und Tscheka. Das ist ein Dokument, welches 99 Jahre vor dem genannten Volkskammerbeschluß zu datieren ist.

In Band 7 der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels (MEW, Berlin Ost 1956 ff.) findet man auf den Seiten 567 bis 570 die Statuten des kommunistischen Bundes, und dort heißt es unter Punkt 4:

„Wer die Bedingungen der Mitgliedschaft verletzt, wird ausgeschlossen... Die Ausgeschlossenen werden dem ganzen Bunde angezeigt und gleich allen verdächtigen Subjekten von Bundes wegen überwacht."

Eine Anmerkung mit der Nummer 481 führt auf die Seite 640 desselben Bandes, wo zu lesen ist:

„Vom Londoner Kreis des Bundes unter der Leitung von Marx wurden diese neuen Statuten am 5. Januar 1851 gebilligt."

Konrad Löw kommentiert hierzu: „Das ist die Geburtsurkunde der Tscheka und des Staatssicherheitsdienstes." (Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie, München 1999)

Dem kann man wohl kaum widersprechen. Tscheka und Stasi sind durchaus im Recht, wenn sie sich auf Karl Marx berufen.

Heinz Steudel

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 15., 22. und 29. September sowie am 6. und 13. Oktober, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution", Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Spionieren und zersetzen

Die Spionage der „Hauptverwaltung Aufklärung" gegen die Bundesrepublik Deutschland

Von Bernd Lippmann

Teil 1

Die ursprünglich als Hauptverwaltung A bezeichnete, später unter dem Kürzel HV A bekannte Institution war eine Dienststeinheit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS). Sie gilt mit etwa 4000 hauptamtlichen Mitarbeitern als eine der großen im Ministerium. [...] Die „Aufklärung", um eine immer wieder verwendete, jedoch im Hinblick auf die SED irgendwie paradox anmutende Bezeichnung zu benutzen, wurde erst einige Jahre nach dessen Gründung in das MfS eingegliedert. Zunächst als Abteilung (bzw. Hauptabteilung) XV, dann seit 1.5.1956 als Hauptverwaltung A. Die Wahl des Buchstaben A diente wohl der Abgrenzung zur damals existierenden Hauptverwaltung B (Bewirtschaftung).

Vorbilder in jeder Hinsicht waren das KGB (Komitee für Staatssicherheit) und dessen Vorläufer, insbesondere die Tscheka. An

Letzter Hauptsitz der HVA im Ministeriumskomplex in Berlin-Lichtenberg.

der Spitze der HV A war als Leiter langjährig Markus Wolf, ein ehemaliger Journalist, eingesetzt. Sein Stellvertreter war Hans Fruck. Von Teilen der westlichen Presse wurde Wolf als sagenumwobener Spitzen-Geheimdienstler gehandelt. Der Nachfolger Wolfs, Werner Großmann, genoß nicht ansatzweise die gleiche Aufmerksamkeit, schon gar nicht solch positive Wertung.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war zu allen Zeiten eng mit dem sowjetischen „Bruderorgan" verbunden. Anfangs bestand diese Verbindung aus direkter Anleitung durch sowjetische Offiziere, Berater genannt. Im Laufe der Zeit entwickelten sich das MfS und insbesondere die HV A zum Juniorpartner des sowjetischen Dienstes. Informationen wurden in großer Zahl an die sowjetischen Genossen weiter gegeben. Das System SOUD, eine computerisierte Datenerfassung, steht für enge Zuarbeit aller geheimen Ostblockdienste für die Sowjetunion. Zusammenarbeit hinsichtlich des Informationsaustausches schien eher eine Einbahnstraße zugunsten der Sowjetunion gewesen zu sein. Etwa 80 Prozent des Informationsaufkommens der HV A wurden der Sowjetunion zur Verfügung gestellt, dagegen vergleichsweise nur wenig der SED-Führung.

Das geheime Nachrichtenaufkommen der DDR speiste sich nicht nur aus der Arbeit der HV A. Mehrere größere Dienststeinheiten des MfS-Abwehrbereiches arbeiteten ihrerseits auch westwärts. Als Beispiel sei die Abteilung 5 der Hauptabteilung XX genannt. Ihr Zuständigkeitsbereich waren ehemalige DDR-Bewohner. Des weiteren wurde „Westarbeit" von der Westabteilung des Zentralkomitees geleistet, außerdem vom Verteidigungsministerium. Der Bereich Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung, früher als „Verwaltung Aufklärung" bekannt, bearbeitete militärische Ziele im Westen. Der Schwerpunkt lag dabei auf den taktisch-technischen Gegebenheiten, nicht in erster Linie auf der Militärpolitik. Letztere befand sich im Visier der Abteilungen IV und XII der HV A des MfS. [...]

Auch für die HV A galt, daß der „wichtigste Verbündete, die wichtigste Waffe im Kampf gegen den Feind" der Inoffizielle Mitarbeiter ist. Inoffizielle Mitarbeiter in der Westarbeit des MfS hatten laut Richtlinie 2/79 spezifische Bezeichnungen, die Kategorien des „Abwehr"-Sektors waren nicht ohne weiteres anwendbar. In der HV A gab es:

- Quellen (IM, die über geheime feindliche Absichten etc. informieren),
- IM für besondere Aufgaben (bei „Aktiven Maßnahmen"),
- Führungs-IM, Perspektiv-IM, Grenz-IM, Sicherungs-IM
- Residenten, Instrukteure, Werber, Kuriere, Ermittler
- Deckadresse und Decktelefon, konspirative Wohnung und konspiratives Objekt, Anlaufstelle.

Insgesamt sind 21 IM-Kategorien der HV A zu unterscheiden. Alles in allem besaß die HV A laut Auswertung der „Rosenholz"-Unterlagen zum Ende 1553 Quellen in der Bundesrepublik Deutschland. Nahezu alle sind enttarnt, in den wenigsten Fällen wurde Anklage erhoben. 54 Prozent der IM hatten eine sehr lange Arbeitsdauer.

Eine Analyse von 499 angeklagten Agenten, d.h. Bundesbürgern, die für die DDR spionierten, ergibt, daß 50 Prozent von der HV A geführt wurden, 42 Prozent von anderen Diensteinheiten des MfS und acht Prozent von der Militäraufklärung der Nationalen Volksarmee. Etwa zwei Drittel der als „Top-Spione" geltenden Agenten wurden von der HV A geführt, jeweils etwa ein Sechstel von MfS-Abwehr und Militäraufklärung.

Bonn und West-Berlin stellten naturgemäß für die Spionage der DDR territoriale Schwerpunkte dar. In West-Berlin hatte die HV A zuletzt 345 Agenten.

Der als am fleißigsten geltende IM der HV A war Hans-Adolf Kanter, Deckname „Fichtel". Er war zuletzt auch einer der ältesten. „Fichtel" war wohl noch produktiver als Dr. Götz Schlicht, der als „Dr. Lutter" der Hauptabteilung XX in erheblichem Umfang Berichte in die DDR schickte.

Die meisten IM befanden sich im Alter zwischen 40 und 50 Jahren, nur wenige IM waren unter 30 Jahre alt. Frauen als IM waren in der Bundesrepublik mit 28 Prozent wesentlich stärker vertreten als im MfS insgesamt, wo sie 15 Prozent ausmachten. Werner Großmanns Vorgänger als Chef der HVA, Markus Wolf, meinte, es wären um die 50 Agenten im Westen gewesen, „über die sich zu reden lohne".

Methoden der Werbung, des Einsatzes sowie die Motive der IM waren naturgemäß vielschichtig. Die Motive Überzeugung und materielle Interessen lassen sich in einer Statistik nicht trennen, und zwar weil 1. materielle Interessiertheit auch eine Überzeugung darstellt und weil 2. das MfS auch Überzeugungstäter materiell honorierte. Dennoch können grobe Richtwerte Verwendung finden. So ist das

(überwiegende) Motiv in 60 Prozent die politisch-ideologische Überzeugung, in 27 Prozent materielles Interesse und in sieben Prozent der Fälle persönliche Zuneigung (zum Werber bzw. Führungsoffizier). Vier Prozent der IM wurden unter fremder Flagge und nur ein Prozent unter Druck geworben.

Elf Prozent der Anwerbungen basierten auf Erkenntnissen über das Reiseverhalten und aus dem Meldewesen, sieben Prozent waren Selbstanbieter und immerhin sieben Prozent der Agenten wurden eingeschleust. Die letzte Zahl muß als recht hoch angesehen werden, denn die „Einschleusung" war mit vielen Problemen verbunden. Eines dieser Probleme sei herausgestellt. Es wirkt eher kurios: Ein IM soll sich in England bzw. in den USA als Vertreter einer westdeutschen Firma bzw. Institution ausgeben. Dem Übersiedlungs-IM „Gerber" wurde attestiert: „Der IM besitzt für die englische Sprache den Sprachkundigen-Abschluß 2B. Der IM fühlt sich in der Lage, einen Engländer betreuen zu können." Die Linie XV verzichtete allerdings auf „Gerber", weil dieser auch im Englischen einen Dresdner Dialekt hatte.

Die HV A verfügte daneben über ein Inlandsnetz von IM, das etwa 10 000 Personen umfaßte. Die Aufgabe dieses Netzes bestand primär in der Sicherstellung und in der Mitarbeiter-Werbung. Selbstverständlich hatten diese IM auch die „normalen" Aufgaben von IM der Abwehr. Insbesondere gegen die Opposition und zur allgemeinen Bespitzelung der Bevölkerung wurde auch das HV A-Hilfsnetz eingesetzt. Ähnlich wie es Abwehr-Diensteinheiten gab, die mit DDR-IM über die Grenzen der DDR hinaus arbeiteten, konnten die IM des Hilfsnetzes im Westen zum Einsatz kommen.

Die Aufgaben der HV A ergaben sich aus dem generellen „Klassenauftrag" der SED an das MfS. Dazu gehörten sowohl die Spionage als auch Maßnahmen, die in das Innere der DDR gerichtet waren. Weiterhin hatte das MfS den Auftrag, die DDR ökonomisch und militärisch zu stärken. Für die HV A bedeutete dies vor allem Informations- und Materialbeschaffung. Der Auftrag „Frieden" bedeutete Stabilisierung und Stärkung der DDR sowie offensive Machtausdehnung des kommunistischen Systems („Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden!"). Aktive Maßnahmen, eine wesentliche Komponente der HV A-Arbeit, sind schon vom Begriff her ein Hinweis, daß das Spektrum der HV A-Arbeit allerdings weit über reine Informationssammlung und -beschaffung hinausreichte.

Besonders kennzeichnend für die Arbeit der HV A war die Richtlinie 2/79. Eine Vielzahl von Befehlen und detaillierten Dienstanweisungen resultierten daraus. Ausgangspunkt war die Arbeit mit IM. Ziel der Arbeit mit den IM war es, die „Pläne, Absichten, Mittel und Methoden des Feindes" aufzuklären. „Feindliche Stützpunkte" in der DDR sollten zerschlagen werden, wozu das Gewinnen von Informationen über „Feindzentren" Voraussetzung war. „Widersprüche im Lager des Feindes" sollten erkundet, verstärkt und ausgenutzt werden. Daraus resultierten „offensive Maßnahmen gegen feindliche Zentren und feindliche Kräfte im Operationsgebiet".

Mit solchen „Aktiven Maßnahmen" sollte „der Feind zersetzt", „fortschrittliche Gruppen und Strömungen" unterstützt und gefördert werden. Alle Varianten von „Zersetzungsmaßnahmen", wie sie in der Richtlinie 1/76 zur Bearbeitung Operativer Vorgänge genannt sind, kamen zum Einsatz. Drei davon sollen hier genannt werden:

- Systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens
- Systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge
- Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen

Auch die Methoden werden in der Richtlinie 2/79 genannt:

- die Werbung von Beschäftigten in „feindlichen Objekten" als IM
- der Einsatz „operativer" Technik
- die Analyse von offiziellen und halboffiziellen Quellen
- das Einschleusen von IM

Letzteres gestaltete sich zwar schwierig, wurde aber variantenreich durchgeführt. Einschleusungen konnten erfolgen über:

- Identitätstäuschung (Fall Block)
- Doppelgänger-Kombination (Fall Mechelk)
- „Flüchtlinge"
- Freigekaufte politische Häftlinge
- im Westen gescheiterte ehemalige DDR-Häftlinge, die zurück wollen (und die im Aufnahmeheim angeworben werden und in den Westen zurückgehen)
- Abwesenheitslegende (Fall Baude: zum Schein in China)
- die zweite Heirat (Fall Forkel, in Kopenhagen)

Die IM waren im Operationsgebiet Bundesrepublik bzw. West-Berlin nicht gleichmäßig verteilt. Der größte Anteil der IM entfällt mit 25 Prozent auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen, dicht gefolgt von West-Berlin mit 23 Prozent. Auf Bayern entfallen 13 Prozent und ein Prozent auf das Saarland.

Etwa 40 Prozent der HV A-Objektquellen waren im Bereich der Wirtschaft tätig, etwa 40 Prozent im Bereich der politischen

Foto: Bundesarchiv/Ludwig Wegmann

Von der HVA geführter „Top-Spion": Günter Guillaume, rechts neben Willy Brandt, während einer Wahlkampfreise 1974.

Spionage. 13 Prozent der Quellen waren in die Militärspionage involviert. Vornehmliche Zielgruppen für eine Werbung waren Studenten, Journalisten, Sekretärinnen.

Das Prinzip der Einheit von Aufklärung und Abwehr wurde innerhalb der HV A in der Abteilung IX verkörpert. Ihr oblagen die Maßnahmen der „Äußeren Abwehr", hier als Gegenspionage bezeichnet. Das umfaßte sowohl politische als auch militärische Spionage.

Fast alle öffentlich bekannten Fälle von HV A-Agenten in westlichen Nachrichtendiensten waren Selbstanbieter-Fälle. Bei den Erfolgen der „offensiven Spionageabwehr" zum Beispiel der Hauptabteilung II sieht es nicht anders aus. Es waren dies Alfred Spuhler (HV A gegen BND), Joachim Krase (HA II gegen MAD), Klaus Kuron (HV A gegen BfV).

(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors für eine wissenschaftliche Konferenz in Odense/Dänemark 2008 zum Thema Hauptverwaltung Aufklärung; als Aufsatz bei Routledge, Milton Park 2010 erschienen; leicht redaktionell bearbeitet und stark gekürzt; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)

Nordkorea: Sie lebten schlimmer als Hunde

Teil 1

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtete Hye Sook Kim von den 28 Jahren ihres Lebens in einem nordkoreanischen Arbeitslager für politische Gefangene.

Im Jahre 1970 wurden meine Eltern aus mir unbekannten Gründen in das Gefangenenlager, welches später Gwalliso hieß, gebracht. Ich lebte zu dieser Zeit noch in Pyongyang. Fünf Jahre später, ich war damals 13 Jahre alt und wohnte bei meiner Großmutter, wurde ich ebenfalls nach Gwalliso Nr. 18 gebracht. In diesem Lager, das in der Provinz Südpyongyang liegt, verbrachte ich 28 Jahre meines Lebens. Es war meine Tante, die mich damals in dieses Lager gebracht hatte. Ich mußte 16 Stunden vor Gwalliso warten, bis ich die Möglichkeit bekam, meine Mutter zu sehen. Ich hatte sie seit fünf Jahren nicht mehr gesehen,

Hye Sook Kim 2012.

und zuerst erkannte ich sie kaum wieder; sie sah sehr schwach und abgemagert aus. Ich war damals noch ein Teenager und wußte nicht, warum ich an diesen Ort gebracht worden war. Dies wurde mir jedoch sehr schnell klar, als wir einen Marsch von 30 li (12 km) antreten mußten, um dorthin zu gelangen, wo meine Familie nun lebte. Direkt bei meiner Ankunft mußte ich erfahren, daß mein Vater bereits gestorben war. Zudem erfuhr ich, daß ich neue Geschwister hatte. Das Abendessen, das meine Mutter am Tag meiner Ankunft bereitete, bestand aus Dingen, die ich nie zuvor gegessen hatte. So gab es wilde Gräser und Kräuter sowie eine Handvoll Vollkornmehl. Da wir so lange gelaufen waren, war ich zwar sehr hungrig, aber dennoch brachte ich von diesem bitteren Zeug keinen Bissen hinunter. In Pyongyang aßen wir Reis und normales Mehl und das bittere Essen tat mir im Hals weh.

Im Gwalliso arbeitete meine Mutter auf einem Hof, um die Familie zu unterstützen, da mein Vater für die Staatssicherheit (Bowibu) arbeiten mußte. Minenarbeiter, Farmarbeiter und Forstarbeiter erhielten 15 Tagesrationen an Essen im Monat; alle anderen Arbeiter hingegen erhielten lediglich für fünf Tage Essenrationen pro Monat. Die Familienoberhäupter bekamen zudem zusätzliche Rationen für weitere zehn Tage. Für 15 Tage erhielt unsere ganze Familie - wir waren zu siebt, fünf Kinder sowie meine Mutter und Großmutter – zwischen sechs und sieben Kilo ungetrocknetes Getreide. Im getrockneten Zustand waren dies jedoch nie mehr als viereinhalb Kilo an Getreide. So war es schwer, selbst nur eine Mahlzeit pro Tag zu sich nehmen zu können, und es war einfach ekelhaft, 15 Tage lang nur Getreide ohne irgendwelche Kräuter zu essen, doch blieb uns keine andere Wahl, da einem sogar das Laufen schwerfiel, wenn man so wenig gegessen hatte.

Gegen Ende des fünften Schuljahres stürzte meine Mutter, am 30. Mai 1979, von einer Klippe und starb. Eigentlich hätte ich im August das Schuljahr beenden sollen, doch statt dessen mußte ich nun, anstelle meiner Mutter, die Verantwortung für die Familie übernehmen. Als meine Mutter noch am Leben gewesen war, konnten wir zumindest von den Essensrationen leben, die sie bekommen hatte – doch nun, da meine Mutter gestorben war, wurde unsere Situation ungewisser. Nach meinem Schulabschluß begann ich in einer Mine zu arbeiten. Dann verstarb auch meine Großmutter, und die Leute fingen an, uns zu bestehlen. Als auch meine Geschwister die Schule beendet hatten und ebenfalls begannen, in der Mine zu arbeiten, wurde unsere Situation ein wenig besser. Mein Bruder starb bei einem Minenunglück im Alter von 21 Jahren. Da die Minen in einem sehr schlechten Zustand waren, war es dort sehr gefährlich, doch die Behörden wollten die hohen Reparaturkosten nicht aufbringen. So waren Minenunglücke in Gwalliso Nr. 18 nichts Ungewöhnliches und die Behörden wunderten sich schon lange nicht mehr über tote Häftlinge. Wir konnten die sterblichen Überreste meines Bruders nicht finden.

In Gwalliso durften nur diejenigen heiraten, die mustergültig arbeiteten. Man wurde einfach als verheiratetes Paar registriert – und das war alles. Da ich meine Familie unterstützen mußte, blieb mir keine andere Wahl, als einen Mann zu heiraten, der um die dreißig war und ohne seine Familie nach Gwalliso gekommen war. Im Jahr 2000 wurden auch meine Schwestern volljährig und heirateten, was eine große Erleichterung für unsere Familie darstellte – denn weniger hungrige Mäuler zu stopfen bedeutete, daß nun weniger Druck auf uns lastete. Ich hatte zwei Kinder. In Gwalliso gestand man Schwangeren Urlaub zu. Als meine Mutter mit meinen Geschwistern schwanger gewesen war, erhielt sie drei Monate Urlaub. In den 80er Jahren jedoch, als die Arbeitskräfte weniger wurden, erhielt man bei Geburt eines Kindes eine Prämie. Bei zwei Kindern bekam man fünf Monate Urlaub und für fünf Monate 280 Won im Monat ausgezahlt. Da man für das Krankenhaus eine Heiratsurkunde benötigte, mußte man verheiratet sein, um Kinder bekommen zu können. Ebenso wie mein Bruder starb auch mein Mann bei einem Unfall in der Mine. In dieser Schicht arbeiteten sieben Personen, und alle sieben starben bei dem Unfall. So blieb mir nichts anderes übrig, als wieder zu arbeiten. Die 13 Jahre, in denen ich in der Mine arbeitete, haben Spuren hinterlassen. So habe ich z.B. noch immer Schmerzen beim Atmen.

Als ich 2008 aus Gwalliso freikam, lebten dort rund 20 000 Menschen. Zwischen 17 000 und 18 000 von ihnen waren Gefangene, und 3000 arbeiteten für die Behörden bzw. waren deren Familienangehörige. Der Fluß Taedong teilt Gwalliso Nr. 18 in zwei Hälften; in der einen Hälfte leben die Gefangenen, in der anderen die Mitarbeiter der Staatssicherheit. Die Gefangenen dort wußten nicht, was es bedeutete, Menschenrechte zu besitzen. Sie lebten schlimmer als die Hunde. Gwalliso war von einem vier Meter hohen Zaun umgeben, und die Häftlinge wurden rund um die Uhr von den Sicherheitsbeamten von Anjeonbu [die nordkoreanische Polizei] bewacht. Das Lager lag tief in den Bergen, und es gab dort keine geteerten Straßen. Einmal in der Woche wurden wir gezwungen, uns die 10 Regeln der Ein-Parteien-Diktatur ins Gedächtnis zu rufen. Die

fiesen Sicherheitsbeamten lagen stets auf der Lauer und warteten nur darauf, auf vorbeilaufende Häftlinge zu spucken. Kamen Häftlinge an ihnen vorbei, so befahlen sie ihnen, sich hinzuknien und ihren Mund zu öffnen – und dann spuckten sie hinein. Wenn die Häftlinge den Speichel nicht hinunterschluckten, wurden sie verprügelt. In den 28 Jahren, die ich in Gwalliso verbrachte, mußte ich dies dreimal über mich ergehen lassen. Danach fühlte ich mich stets tagelang schlecht und brachte keinen Bissen hinunter. Täglich mußte ich Schmerzen ertragen. Unzählige Male hatte ich darüber nachgedacht, Selbstmord zu begehen – doch hatte ich nie den Mut, mir das Leben zu nehmen.

Gwalliso Nr. 18 war eine Mine. Frauen mußten entweder an den Arbeitsständen arbeiten oder wurden herangezogen, in den thermoelektrischen Kraftwerken Kohle von A nach B zu schaffen. Viele erkrankten an Staublunge und starben. Zudem kam es häufig vor, daß Arbeiter, aufgrund der harten Arbeit, Gliedmaßen verloren. Da ich in der Mine zwischen 16 und 18 Stunden Staub einatmete, bekam ich einen Tumor in der Lunge. Meine Schicht bestand aus 15 Personen – sieben davon waren Frauen. Frauen und Männer hatten das gleiche Arbeitspensum zu verrichten. Da ich sehr hart arbeitete, wurde ich nur selten geschlagen und bekam zudem die Möglichkeit, eine Abendschule zu besuchen. Gerüchten zufolge wurden Frauen von Sicherheitsbeamten vergewaltigt und bekamen kostenlose Seife im Gegenzug. Viele Frauen wurden auch von den Chefs der Minen vergewaltigt. Da wir zuviel Arbeit zugeteilt bekamen, hatten wir nie Zeit für den Haushalt. Wenn ich nur eine Acht-Stunden-Schicht gehabt hätte, hätte ich Zeit gehabt, mich um den Haushalt zu kümmern – doch ich mußte stets zusätzliche Schichten einlegen. Nach 16 Stunden harter körperlicher Arbeit war ich völlig erschöpft. Wenn ich mich nach getaner Arbeit hinlegte, fühlte sich mein Körper bleischwer an. Oftmals kam es vor, daß ich Verletzungen hatte und zur Krankenstation gehen mußte, die sich in einem winzigen Gebäude befand, das nur aus einem einzigen Raum bestand. Hier bekam man nur für maximal drei Tage Medikamente verschrieben. Da es keine Möglichkeit gab, Verwundete zu transportieren, mußten Personen, die während der Arbeit schwer verletzt wurden, zu Fuß in das nächstgelegene Krankenhaus gehen, das 30 li (12 km) vom Lager entfernt war. So gab es viele Arbeiter, die schließlich im Krankenhaus angekommen, ihr Bein verloren. Ich kann nicht glauben, daß ich die 28 Jahre in Gwalliso Nr. 18 überlebt habe – das ist einfach ein Wunder!

Es gab nie genug zu essen, und viele Leute verhungerten. Es dauerte nicht lange, bis ich beim Anblick von Leichen überhaupt nichts mehr fühlte – hatte ich doch schon so viele tote Menschen gesehen! In den 90er Jahren war es besonders hart. Damals versuchten die Leute erst gar nicht, Essen von anderen zu stehlen, weil es einfach nichts gab, was man hätte stehlen können.

Die Kinder lernen „Danke, General Kim-Jong-Il" zu sagen.

Im April, wenn die Pflanzen zu wachsen begannen, aß man die Wurzeln von Gräsern oder bereitete eine Suppe aus gemahlenem Getreide zu. Trocknete ich sieben bis neuen Kilo Getreide, so konnte ich daraus zwischen zwei und vier Kilo Mehl herstellen, was für ca. einen Monat reichte. Auch Eichenblätter konnte man gut essen, weil diese sehr zart waren. Auch konnte ich eine Suppe daraus kochen – mit ein wenig Salz schmeckte sie gar nicht so schlecht. Im Frühjahr und Herbst war die Situation besser als im Winter. Im Winter hatten diejenigen, die in den Minen arbeiteten, nur eine Schüssel gesalzenen Getreidebrei oder Doenjang [eine Paste aus Sojabohnen] zu essen, die von den Beamten von Nr. 18 verteilt wurden. Es kam nur ein paar Mal im Jahr vor, daß ich drei Kilo Doenjang erhielt. Die Rationen waren so gering, daß ich daraus keine Suppe kochen konnte. Da den Gefangenen nie genügend Salz zur Verfügung stand, fühlten sie sich stets schlapp. Man aß Doenjang als Salzersatz. Wir mußten auch Schweine halten. Wir kochten menschliche Exkremente, die wir den Schweinen zu fressen gaben. Wir mußten das gesamte Vieh, das wir mit Mühe aufgezogen hatten, den Sicherheitsbeamten übergeben. Einmal gaben wir ihnen sechs Schweine, 12 Hunde und 60 Kaninchen.

Die Kinder, die sehr stark unterernährt sind, lernen „Danke, General Kim-Jong-Il" zu sagen. Das macht mich sehr traurig. Die meisten der Kinder, die im Gwalliso geboren wurden, wünschen sich nichts sehnlicher, als genügend Corn Rice (Reis mit Kräutern) essen zu können. Meine Kinder konnten bereits mit neun oder zehn Jahren Corn Rice herstellen, nachdem ich ihnen gezeigt hatte, wie es geht. Nach meiner Schicht mahlte ich stets für ein bis zwei Stunden Körner mit Hilfe eines Steins, egal wie müde ich auch sein mochte. Als wir Getreide zur Mühle gebracht hatten, um es dort mahlen zu lassen, bekamen wir immer zu wenig zurück, und so hatten wir uns entschlossen, unser Getreide selber zu mahlen. Wenn meine Tochter das Essen zubereitete, unterschied sie stets zwischen meinem und ihrem Essen und sagte: „Das ist Mamas Essen und das ist mein Essen." Ich hatte mich stets darüber gewundert, daß ihre Schüssel so schnell leer wurde, und so tauschte ich eines Tages unsere Schüsseln aus. Da bemerkte ich, daß sie in ihre Schüssel eine kleinere Schüssel stellte und darauf so viel Reis gab, daß es den Anschein hatte, sie hätte die gleiche Menge an Reis wie ich in ihrer Schüssel. Als ich dies herausfand, war ich so gerührt, daß ich nichts mehr essen konnte und mir übel wurde.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung: (0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Wittlager Kreisblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick"-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

„Wie oft starb die Zuversicht, jemals wieder frei zu sein“

Gedenkveranstaltung in Penzlin am 7. Juli 2012

Zu den Opfern stalinistischer und kommunistischer Gewalt in Penzlin/Mecklenburg-Vorpommern gehörten auch neun Jugendliche, von denen fünf nicht überlebten:

Adolf Jenewsky und Willi Kodera wurden beide mit 18 Jahren am 18.7.1946 in Güstrow von den Russen erschossen.

Erwin Wendt starb mit 17 Jahren und Karl-Heinz Vau (Bruder des Autors) mit 18 Jahren im Speziallager Nr. 7 in Sachsenhausen.

Karl-Friedrich Wendt starb mit 22 Jahren, bereits unter DDR-Verantwortung, in Untermaßfeld.

Wahrscheinlich auf Grund von Spätfolgen der Haft nahm sich Rudi Schwarz im Jahre 1991 das Leben.

Blaskapelle und Männerchor auf dem Friedhof am Gedenkstein.

Zu einer Gedenkveranstaltung anläßlich des 10. Jahrestages der Einweihung des Gedenksteins zur Erinnerung an die Opfer stalinistischer und kommunistischer Gewalt hatte der Bürgermeister der Stadt Penzlin eingeladen. Der Penzliner Stadtpräsident, Gerhard Kressin, begrüßte die Anwesenden, und anschließend gedachte die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Marita Pagels-Heineking, der fünf Umgekommenen.

Rainer Prachtl, ehemaliger langjähriger Landtagspräsident von Mecklenburg-Vorpommern und heute Vorsitzender des Dreikönigsvereins Neubrandenburg, hielt die Gedenkrede. Er sagte u.a.:

(v.l.) Rudi Pröber, einer der Überlebenden der SMT-verurteilten Jugendlichen aus Penzlin, Horst Vau, Organisator der Veranstaltung, Rainer Prachtl, neben ihm Gerhard Kressin und Marita Pagels-Heineking.

„Die Schicksale der Menschen, die unschuldig als politische Gefangene in den Gefängnissen landeten, müssen immer wieder eine Mahnung für alle Deutschen sein, daß es nie wieder eine Herrschaft des Unrechts geben darf, nie wieder ein Regime, das sich allein auf die Macht der Bajonette gründet.

Den vielen Verharmlosern, Schönrednern und Vergangenheitsverklärern, den alten wie den neuen Rattenfängern müssen wir mit nicht nachlassender Entschiedenheit entgegentreten. Herr Putzar, der heute anwesend ist, sagte: ‚Wie oft, liebe Freunde, starb in der Dunkelheit und Enge der Baracken die Zuversicht, jemals wieder frei zu sein. Wie oft starb in der Würdelosigkeit demütigender Haftumstände der Glaube an Gerechtigkeit. Wie oft starb bei einbrechender Nacht die Gewißheit, einen neuen Morgen zu erleben.‘ Die Sprüche 3.18 in der Bibel mahnen uns: ‚Tu den Mund auf für die Stummen.‘ Das ist die Aufgabe der Überlebenden. Die heutige Gedenkveranstaltung ist ein lebendiges Zeichen dafür, daß wir diese Phase der Nachkriegsgeschichte vor dem Vergessen bewahren und ein Schweigen über die stalinistischen Verbrechen nicht zulassen.“

Nach der eindringlichen Rede Rainer Prachtls richtete Detlev Putzar als Betroffener mahnende Worte an die Versammelten. Pastor Hartmut Reinke sprach ein Gebet und abschließend das Vaterunser.

Die Penzliner Blaskapelle und der Männerchor Penzlin 1907 umrahmten die Gedenkveranstaltung musikalisch mit dem Mecklenburger Lied und Titeln wie „Im schönsten Wiesengrunde“ sowie den drei Strophen von „Ich hatt einen Kameraden“.

Unter den Teilnehmern der Gedenkfeier befanden sich auch vier Überlebende der „Malchower Werwolf-Tragödie“: Jakob Bittermann, Rolf Schröder, Arnulf Putzar und sein Bruder Detlev. Von den Penzliner Überlebenden war Rudi Pröber anwesend.

Horst Vau

Fotos: Reinhard Klaus

Der Gedenkstein mit den Namen der fünf umgekommenen Opfer bekam erneut würdigen Blumenschmuck.

10. Häftlingstreffen in Bützow

„Die Gegenwart der DDR Vergangenheit: Warum wir nicht aufhören, darüber zu reden"

23.–25. September 2012 im Rathaus Bützow, Am Markt 1

Sonntag, 23. September

15.00 Uhr – Grußworte
15.20 Uhr – Stalinismus: Zur Deutung eines terroristischen Herrschaftssystems, Dr. Wladislaw Hedeler (Berlin)
16.15 Uhr – Stalinismus in der DDR. Ursachen, Verlauf und Wirkungen, Podiumsdiskussion mit Dr. Annette Leo (Berlin), Rainer Eppelmann (Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin), Dr. Wladislaw Hedeler, Dietrich Schopen (1950-1953 Häftling in der Sowjetunion)
17.30 Uhr – Empfang im Hotel „Am Markt"
19.00 Uhr – Vereister Sommer, Lesung mit Autor Ulrich Schacht (Förslöv, Schweden)

Montag, 24. September

9.00 Uhr – Begrüßung und Grußwort
9.30 Uhr – Wie sollte eine Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte aussehen, damit sie uns die Augen öffnet? Lutz Rathenow (LStU Sachsen)
11.00 Uhr – Macht die Auseinandersetzung mit der Geschichte uns zukunftsfähiger? Gespräch mit Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Universität Bochum) und Wolfgang Thierse (MdB)
12.30 Uhr – Mittagspause, anschließend Bustransfer zum Geschwister-Scholl-Gymnasium Bützow
14.30 Uhr – Schülerprojekt zur DDR-Geschichte (Gymnasium Bützow, Grit Hübener); anschließend Kaffeepause und Zeitzeugengespräche
16.30 Uhr – Gedenkveranstaltung am Denkmal für die politischen Häftlinge in der DDR in den Bützower Gefängnissen (Schloßplatz)
19.30 Uhr – Abendveranstaltungen

Dienstag, 25. September

9.00 Uhr – Militärstrafvollzug in der DDR, Dr. Rüdiger Wenzke (MGFA Potsdam)
9.45 Uhr – Wer dort war schweigt, Filmausschnitt über den Militärstrafvollzug in Schwedt
11.00 Uhr – Experiment und Mythos: Militärstrafvollzug in Berndshof, Kreis Ueckermünde, Falk Bersch (Gägelow)
11.30 Uhr – Gesprächsrunde mit Zeitzeugen zur Geschichte des Militärstrafvollzugs in Berndsdorf (Manfred Schulze, Jörg Hildebrandt, Siegfried Merz, Bernhard Schneyer)

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, LStU Mecklenburg-Vorpommern, LpB Mecklenburg-Vorpommern, Politische Memoriale e.V., Stadt Bützow

Teilnahmegebühr: 50,- Euro (inkl. zwei Übernachtungen und Verpflegung), 30,– Euro (ohne Übernachtung); für Schüler kostenfrei

Anmeldung:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstr. 8, 19053 Schwerin
Tel. (03 85) 51 25 96, Fax (03 85) 51 25 95
E-Mail Wilma.Glende@fes.de

UOKG-Kongreß

„Politische Schauprozesse als Mittel kommunistischer Herrschaftstechnik"

Sonnabend, 6. Oktober 2012, Beginn 11.00 Uhr
Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

2012 jährt sich der Slánský-Prozeß, in dessen Verlauf in der Tschechoslowakei elf Todesurteile wegen „Bildung eines staatsfeindlichen Verschwörungszentrums" gefällt wurden, zum 60. Mal. Dies nimmt die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) zum Anlaß, um der Thematik der politischen Schauprozesse, die in besonders drastischer Weise die Diktaturen innewohnende Menschenverachtung aufzeigt, eine Veranstaltung zu widmen. Der schwerpunktmäßig die DDR-Zeit behandelnde Kongreß soll im Sinne der politischen Aufklärung gegen eine undifferenzierte und nostalgische Sichtweise auf totalitäre Strukturen wirken und so den Wert demokratischer Systeme markant herausstellen.

11.00 Uhr – Eröffnung des Kongresses durch Rainer Wagner, UOKG-Bundesvorsitzender
11.15 Uhr – „Abschreckung und Propaganda-Todesurteile in DDR-Schauprozessen der Fünfzigerjahre", Dr. Roger Engelmann, Historiker, BStU Berlin
12.00 Uhr – „Der RIAS-Schauprozeß 1955: Aufarbeitung in Sachlichkeit, ohne Haß und Rache", Richard Baier, letzter Überlebender des RIAS-Schauprozesses
12.45 Uhr – Pause für Imbiß und Kaffee
13.30 Uhr – „Der Güstrower Schauprozeß 1950", Dr. Peter Moeller, wurde als Oberschüler im Güstrower Schauprozeß verurteilt
14.30 Uhr – „Zur Einflußnahme der SED-Organe auf die Justiz am Beispiel Manfred Smolka", Rechtsanwalt Roland J. Lange
15.30 Uhr – „Ein Besuch bei Josefa Slánská, der Witwe des hingerichteten Rudolf Slánský", Doris Liebermann, Autorin und Journalistin
16.15 Uhr – Abschlußdiskussion und Resümee
16.30 Uhr – „Du hast mir ein kleines Licht gebracht", Liedprogramm mit Dr. Karl-Heinz Bomberg, Arzt und Liedermacher

Anschließend Imbiß

Tagungsgebühr
10 Euro, ermäßigt 5 Euro

Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

AG Lager Sachsenhausen 1945–1950

Gedenkveranstaltung

22. – 23. September 2012

Sonnabend, 22. September

10.00–12.00 Uhr – Besichtigung des umgestalteten Ostteils des KZ-Sonderlagers bzw. der ehemaligen Zone II des sowjetischen Speziallagers

16.00–18.30 Uhr – Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die Gestaltung des Museums zum sowjetischen Speziallager Sachsenhausen – gelungen oder korrekturbedürftig?" mit Dr. Enrico Heitzer (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen), einem Museumspädagogen, Joachim Krüger (MdA u. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950)

20.30 Uhr – Das Buch von Werner Adermann: „Fußballplatz – Kriegsschauplatz – Pritschenplatz". Lebenserinnerungen aus zwei Diktaturen, vorgestellt von Joachim Krüger und Detlef W. Stein (Leiter des OEZ Berlin-Verlages); anschließend Zeit für persönliche Gespräche

Sonntag, 23. September

11.00–12.30 Uhr – Gemeinsames Gedenken von Vertretern der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Gästen und der Arbeitsgemeinschaft an den Gräbern am Kommandantenhof sowie am Stein an der Mauer zwischen Zone I und Zone II

„Sachsenheime"

Am 1. Juli 2012 habe ich im Auftrag der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau damit begonnen, die Spezialheime der Jugendhilfe der DDR im heutigen Land Sachsen zu untersuchen.

Untersucht werden: Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe und Durchgangsheime.

Wer kann Angaben über seinen Heimaufenthalt zwischen 1945 und 1990 in einem solchen Heim machen?

Bitte schicken Sie eine Mail an folgende Adresse. Nutzen Sie diese Adresse ausschließlich für dieses Projekt!
sachsenheime@christian-sachse.de

Bitte tragen Sie in der Betreffzeile den Ort der Einrichtung, den Typ und etwa die Zeit des Heimaufenthaltes ein. Danach ein beliebiges Wort mit mindestens acht Buchstaben. (Beispiel: Freital – JWH – 1977-1979 – Erzgebirge)

Mehrere Orte in Sachsen bitte in getrennten Mails schicken, aber mit demselben Kennwort. (z.B. 1. Mail: Bräunsdorf – Spezialkinderheim – 1976 – Rosenstrauch; 2. Mail: Freital – JWH – 1977-1979 – Rosenstrauch)

Bitte schreiben Sie mir, ob Sie über schriftliche Dokumente oder vielleicht Fotos über den Aufenthalt verfügen. Beschreiben Sie Erfahrungen, Erlebnisse, Ereignisse... Was Ihnen einfällt. Lang oder kurz.

Sie müssen nicht mit Namen oder Adresse unterzeichnen. Bedingung ist aber, daß Sie auf Rückfragen antworten.

Erzieher, Lehrer und weitere Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen sind ausdrücklich eingeladen, sich zu beteiligen. Auch hier gilt: Ihre Beschreibungen müssen kritischen Rückfragen standhalten.

Mit der Post an: Christian Sachse, Christburger Str. 10, 10405 Berlin. Bitte keine Originale!

Ich werde auch nicht die Zeit haben, etwas zurückzuschicken. Einige wenige Zeitzeugen werde ich besuchen können. Das wird aber erst im Herbst.

Dr. Christian Sachse

Besuch in Bautzen

Foto: Werner

Am 2. Juli war auf Einladung von Maria Michalk, der Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Bautzen, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, zu Gast in Bautzen. Er besuchte die Gedenkstätte und legte dann gemeinsam mit Maria Michalk und im Beisein von Harald Möller (r.), dem Vorsitzenden des Bautzen-Komitees, sowie Dr. Klaus-Dieter Müller (2.v.l), dem stellvertretenden Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, am Hochkreuz auf dem Karnickelberg Kränze nieder. Anschließend ließ er sich in der Gedenkkapelle das Schicksal der im „Gelben Elend" nach 1945 Umgekommenen und die unmenschlichen Haftbedingungen der damaligen Zeit erläutern.

Ketschendorf

Ausstellung

(wl) „Die Straße, die in den Tod führte" ist eine Ausstellung zur Geschichte des Sowjetischen Speziallagers Ketschendorf 1945-1947. Sie ist bis zum 28. September 2012 zu sehen im Besucherzentrum Lausitzer Seenland, IBA-Terrassen, Haus 1, Seestr. 100, 01983 Großräschen.

Das Besucherzentrum ist geöffnet von Dienstag bis Sonntag, 12.00 bis 18.00 Uhr.

VOS

Vera Lengsfeld neue VOS-Landesvorsitzende

(vos) Die Delegiertenversammlung der VOS Berlin-Brandenburg hat Anfang Juli einen neuen Vorstand gewählt. Die neue Vorsitzende ist die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind Edda Schönherz und Mario Röllig. Der ehemalige Landesvorsitzende Dr. Frieder Weiße hat das Amt des Kassenwarts übernommen.

Zu den vorrangigen Themen des neuen Vorstandes soll das Bemühen um eine Veränderung des Opferrentengesetzes ge-

hören. Dazu erklärte Vera Lengsfeld: „Wir wollen eine Ehrenpension statt einer Opferrente. Diese Rente soll an alle ehemals politisch Inhaftierten der sowjetischen Besatzungszone und der DDR gezahlt werden, unabhängig von ihrem Einkommen. Außerdem muß der Betrag der Inflation angepaßt werden. Wir werden nicht hinnehmen, daß mit deutschem Steuergeld ausländische Banken gerettet werden, für die Widerstandskämpfer gegen die kommunistische Diktatur aber kein Geld da ist."

Ein weiterer Schwerpunkt werden Veranstaltungen zur Vertiefung des antitotalitären Konsens in der Gesellschaft sein.

Ausstellungen

„Die heile Welt der Diktatur?"
Herrschaft und Alltag in der DDR

Eine Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Magazins Stern, zu sehen bis zum 20. Oktober 2012 im DuG Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock; geöffnet Di-Fr 10.00-18.00 Uhr, Sa 10.00-17.00 Uhr.

„Freigekauft –
Wege aus der DDR-Haft"

Eine Sonderausstellung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, zu sehen bis zum 31. März 2013 in der Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66-80; geöffnet Di-So 10.00-18.00 Uhr.

Gestorben

(st) Am 11. Juli verstarb im Alter von 79 Jahren **Heinz Grünhagen**, einer der Streikführer des Volksaufstandes 1953. Er war zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Nach 1989 setzte sich Grünhagen beharrlich dafür ein, daß auch in seiner Stadt Strausberg bei Berlin der Ereignisse des 17. Juni 1953 gedacht wurde. Trotz heftigen Widerstandes aus Teilen der kommunalen Politik und Gesellschaft erreichte er in jahrelangen Kämpfen die Aufstellung eines Gedenksteines und die Anbringung einer Gedenktafel mit den Namen der damals Streikenden. Eine „Straße des 17. Juni" in Strausberg blieb ihm verwehrt.

Bereits am 17. April verstarb im Alter von 78 Jahren **Claus Peter Clausen**, der Vorsitzende des Vereins „Hilferufe von drüben", zu dessen Gründern er gemeinsam mit Gerhard Löwenthal gehörte. Der Verein gab eine Zeitung gleichen Namens heraus und unterstützte mit Spendengeldern Tausende von politischen Häftlingen der DDR.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Leserbriefe

Fragen
an den „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen"

Seit einigen Jahren bin ich Mitglied in diesem Frauenkreis. Wie Ihr alle, habe auch ich in diesen grauenhaften Gemäuern eingesessen. Jeder von uns war dort drinnen, doch jeder hat seine eigene Geschichte. Das wissen wir alle.

Als ich diesem Kreis beigetreten bin, hatte ich so meine persönlichen Probleme, mit dem einen oder anderen klarzukommen.

Jedes Jahr gibt es ein Treffen in Hoheneck. Auch wenn ich nicht dabei bin, weil es gesundheitlich nicht immer geht, war ich sehr erfreut, den Bundespräsidenten dort zu sehen; festzustellen, daß es einen Politiker gibt, der sich für unsere Geschichte interessiert. Leider gibt es diesen Bundespräsidenten ja heute nicht mehr, trotzdem gibt es Hoheneck und die ehemaligen Insassen immer noch.

In diesem Jahr wurde ein neuer Vorstand gewählt in und mit der Hoffnung, daß dieses Ich-Bezogene aufhört und für den Verein, für alle Frauen, auch die nicht Mitglied sind, aber dunkle Zeiten in Hoheneck erlebten, etwas zu Wege gebracht wird. Leider ist es inzwischen so gekommen, daß Ihr Frauen euch seht, aber nicht das Ganze. In Zeitungen wird geschrieben, daß der Frauenkreis uneinig sei und Mitglieder sich gegenseitig schlechtmachten.

Muß das wirklich sein? Ich bin davon überzeugt, daß wir alle das Gleiche wollen, zumindest in etwa. Warum gönnt einer dem anderen dann nicht ein bißchen Gemeinsames am Ganzen?

Wir waren alle in Hoheneck und wir wollen alle, daß es eine Gedenkstätte wird. Zum Gedenken derer, die dort schlimme Zeiten erlebt haben, aber auch als Warnung für die Folgegeneration, damit nie mehr so etwas geschaffen wird wie dieses Gefängnis Hoheneck. Ihr Frauen aus diesem Kreis steht ganz vorn, all das mit umsetzen zu können. Das allerdings geht nur, wenn jeder den Willen hat, für den Frauenkreis einzustehen und nicht nur für sich selbst. Freut euch über jede Hilfe, die kommt, auch wenn sie noch so klein ist. Lehnt sie nicht ab, denn dann steht der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen bald alleine da. Immer mehr Frauen wollen austreten, dabei wäre es doch ratsam, Frauen die das gleiche Schicksal hatten, in den Kreis eintreten zu lassen. Aber sie werden bei so viel Uneinigkeit, die sich immer mehr herumspricht, nicht dazu kommen. Wir Frauen von Hoheneck können der Nachwelt zeigen, daß wir zwar einzeln in Hoheneck kämpfen mußten, aber jetzt gemeinsam dafür sorgen, daß es nicht vergessen wird.

Manuela Polaszczyk, Rülzheim

Generelle Überprüfung

Zum Beitrag „Resolution", 5/2012, S. 14

Diese Forderung wird von mir uneingeschränkt unterstützt, ein besonderes Beispiel ist ja Gutachter Jürgen Rogge. Es ist unerträglich, daß dieser heute noch Gutachten für Rententräger und Sozialgerichte erstellen darf.

Ich war selbst 1973 im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf wegen einer von mir nicht gewollten Schwangerschaftsunterbrechung, auf Grund angeblicher politischer Unfähigkeit zur Erziehung eines Kindes. Mit Herrn Rogge hatte ich nichts zu tun, zum Glück, er hätte mir bestimmt auch „Simulantentum" vorgeworfen, wenn ich zu ihm zur Begutachtung gekommen wäre. Die Zulassung für solche Gutachtertätigkeit müßte umgehend untersagt werden. Eine generelle Überprüfung der zugelassenen Gutachter auf mögliche Stasi-Verstrickungen und Systemnähe zur SED ist mehr als überfällig.

Vera Tellschow, Berlin

Lebensgeschichten

(VA) Die Nachricht aus Moskau weckte hohe Erwartungen. Einmaliges Material sei durch den Schülerwettbewerb „Der Mensch in der Geschichte – Rußland im 20. Jahrhundert" zusammengekommen, teilte Irina Scherbakowa von der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL mit. Jährlich machen sich mehrere tausend Schüler aus allen Teilen Rußlands auf die Suche nach Lebensgeschichten ihrer Nachbarn und rekonstruieren die Erfahrungen von Menschen, die lange geschwiegen haben. Die ausgewählten Arbeiten lassen ein lebendiges Bild von der bisher unbekannten und verdrängten Seite russischer Geschichte entstehen und spiegeln den Umgang der heutigen Generation mit dem schweren Erbe der Vergangenheit wider.

Deutsche und Russen verbindet eine seltsame Faszination: Ihr historisches Verhältnis ist von Leid und Schrecken geprägt, kennt aber auch Zeiten großer Nähe und Vertrautheit. Wie lebten die Menschen, die in diesen Mahlstrom geschichtlicher Umwälzungen gerieten? „Unruhige Zeiten" erzählt sechzehn Lebensgeschichten vom Überleben in Ausnahmesituationen, von Kriegsgefangenschaft und Deportation, von Repression und Verfolgung – aber auch von Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit, von Zuversicht und stillem Heldenmut. Jugendliche aus Rußland und Deutschland haben diese Erinnerungen aufgezeichnet. Ihre Beiträge sind bewegende Reflexionen einer jungen Generation, die ihren Blick auf die komplexen und tragischen Zusammenhänge der vergangenen Epoche richtet, um Wege für ein harmonisches Zusammenleben in der Zukunft zu finden.

Irina Scherbakowa (Hrsg.): Rußlands Gedächtnis. Jugendliche entdecken vergessene Lebensgeschichten, Körber-Stiftung, 432 S.
Irina Scherbakowa (Hrsg.): Unruhige Zeiten. Lebensgeschichten aus Rußland und Deutschland, Körber-Stiftung, 330 S.
Beide Titel können zum Preis von je 8,– € (Ladenpreis 14,– €) oder zusammen für 15,– € (Versandkosten inbegriffen) erworben werden. Bestellungen an Vera Ammer, v.u.th.ammer@gmx.net; bei Überweisungen auf das Konto Memorial Deutschland (Nr. 3320 000, BLZ 100 205 00, Bank für Sozialwirtschaft) bitte als Verwendungszweck „Schülerwettbewerb" angeben.

Die Welt im Blick

Doch, es ist auch ein Thriller. Schöne Frauen, gute und schurkische, zwielichtige Freunde, ein verlorener Sohn, Nazi-Gold und Falschgeld, inzwischen sauber gewaschen in der Schweiz, Geheimdienste, alte Gegner und neue Feinde… Aber niemand sollte hier auf oberflächliche Unterhaltung hoffen. Im dritten Band der Trilogie „Triptychon einer Vollendung" (Band 1 s. Nr. 6/2010, S. 18, Band 2 s. Nr. 3/2012, S. 16) wird Herzwangen, der Protagonist, gleichsam ins pralle Leben zurückgeschleudert. Vorangegangene Versuche, sich aus der Welt zurückzuziehen, sind gescheitert, und zwar an ihm selbst. An seinem unbändigen Idealismus, seiner Lebenskraft und einer irgendwie daseinsfördernden Naivität.

Mit diesen Eigenschaften ausgestattet, erfährt er von einem wahren Schatz, den sein Vater und andere KZ-Häftlinge beim Zusammenbruch des Nationalsozialismus in die Schweiz geschafft haben. Herzwangen, den ehemaligen politischen Häftling des SED-Regimes, führt sein Weg nun zu Opfern der NS-Diktatur. Beide Seiten sprechen nach und nach über ihre Erlebnisse und beginnen, sich zu verstehen und zu respektieren.

Herzwangen, der fast Blinde, nimmt immer auch die Welt in den Blick. Sein Gerechtigkeitssinn läßt ihn nicht in der Vergangenheit verharren. Er beobachtet die neuen Protestbewegungen, sucht nach Wegen aus der weltweiten sozialen Schieflage, mißt das Ergebnis kritisch an der historischen Entwicklung. Er weiß zuviel über Ideologien und politische Patentrezepte, als daß er eine neue selig machende Gesellschaftstheorie entwickeln könnte. Manches Mal gerät er über Ungerechtigkeit und Dummheit in Verzweiflung, mehr noch als bei der Erinnerung an seine verlorene Liebe. Ein grundlegender Gerechtigkeitsmangel treibt ihn um, frustriert ihn. Und seiner wiedervereinigten Heimat bescheinigt er: „Deutschland ist ein Land voller unerledigter Dinge."

Ein besonderer Reiz dieser Geschichte liegt in der eigenartigen Spannung zwischen aktionsreicher äußerer Handlung und der introvertierten Natur des Protagonisten. Herzwangen, der wahrlich kein James Bond ist und wohl auch keiner sein will, neigt zur Reflexion. So hat er schon, noch bevor der Schatz gefunden ist, einen Plan für seine Verwendung. Er will ein bißchen mehr Gerechtigkeit unter die Menschen bringen. Eher am Rande, das mag man bedauern, findet sich in dem sprachlich starken Buch ein kleiner Exkurs über das Schreiben. Hier scheinen Autor und Protagonist zu verschmelzen. Auch Herzwangen betreibt inzwischen diese Profession, eigentlich – wenn er nicht gerade auf Schatzsuche geht. „Schreiben ist der Kriechgang zum Licht", hat er an sich selbst erfahren.

Auch wer die vorangegangenen Bücher nicht kennt, hat guten Grund, zu diesem Band zu greifen. Ihn erwartet ein vielschichtiger Held, der auf der Suche nach dem Gold immer noch versucht, sich selbst zu finden.

Friedrich Falkenhar

Jürgen Schmidt-Pohl: Das Unauslöschliche Oder Leben, uneingelöstes Versprechen, Pohlit-Verlag, Schwerin 2012, 230 S., 20,– €, Bezug über Dr. Jürgen Schmidt-Pohl, Werderstr. 129, 19055 Schwerin, E-Mail schmidt-pohl@pohlit-verlag.de, Tel. (03 85) 34 33 77 99

Veranstaltungen

12.9. (Mi), 19.30 Uhr:

Die **„Normalos" und die „Anderen"**. Wie das MfS die DDR-Bürger ausspitzelte. Vortrag u. Gespräch mit Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

14.9. (Fr), 19.00 Uhr:

Stefan Heym – Jahrhundertbürger oder Unperson? Filmabend und Gespräch mit Inge Heym u.a.; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

18.9. (Di), 18.00 Uhr:

„Besondere Bemühungen" der Bundesregierung 1962 bis 1969. Buchpräsentation u. Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Martin Sabrow, ZZF Potsdam, Staatssekretär a.D. Ludwig A. Rehlinger, Prof. Dr. Helmut Altrichter, Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Universität Bochum, Dr. Edgar Büttner, Bundesarchiv; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

18.9. (Di), 19.00 Uhr:

„Als Eva Informantin war". Helmuth Frauendorfer, stellv. Direktor Gedenkstätte Hohenschönhausen, und Richard Wagner, Schriftsteller, lesen ihre und die dazugehörigen Texte der Securitate. Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

19.9. (Mi), 19.00 Uhr:

„Wir rechnen nicht mehr pro Kopf und Summe". Der Grundlagenvertrag und die Entwicklung des Häftlingsfreikaufs. Podiumsgespräch mit Hans Otto Bräutigam, langjähriger Leiter der Ständigen Vertretung, Jan Philipp Wölbern, Historiker, u. dem Zeitzeugen Ernst Hubert von Michaelis; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

19.9. (Mi), 19.00 Uhr:

„Wo sind wir bloß hingekommen?" Die letzten Monate der DDR-Staatssicherheit im O-Ton. Hörfunkfeature v. Elke Kimmel u. Marcus Heumann, Bildpräsentation; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Lux.Puschkino, Kardinal-Albrecht-Str. 6, 06108 Halle

20.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Literaturinventur: Staatssicherheit". Ein Streifzug durch die neue deutsche Literatur. Mit Dr. Matthias Braun, BStU, u. Andrea Schöning, Schauspielerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Die Militarisierung der DDR

Der Autor, Berufoffizier der Bundeswehr und DDR-Kenner, hat mit seinem umfangreichen Werk die erste wissenschaftliche Bilanz der Militär- und Sicherheitspolitik Ost-Berlins seit Honeckers Machtantritt verfaßt. Angesichts des geradezu erdrückenden Materials kommt er zu dem Resümee: „Die umfassende Militarisierung unter der SED-Diktatur steht in der deutschen Geschichte wohl einzig da." Bot doch das Wehrgesetz schon ab 1962 den Zugriff auf die gesamte Bevölkerung: Die Landesverteidigung war nicht nur auf bestimmte Organe beschränkt, sie wurde gesamtstaatliche Aufgabe. Man muß von 750 000 DDR-Bewohnern ausgehen, die in militärischen oder paramilitärischen Organisationen zusammengefaßt waren – also durchschnittlich zehn Prozent der Bevölkerung!

Charakteristisch war, daß trotz aller bewußten nationalen Symbolik die NVA als Bundesarmee der Sowjetunion organisiert war, in ihrer Sicherheitspolitik gab es keine eigene Kriegsführung. Bei der Stationierung der Sowjettruppen in der DDR und ihren Planungen hatte die Regierung in Ost-Berlin nicht den geringsten Einfluß. Hinzu kam die Abhängigkeit von der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, aber ebenfalls von jener der sowjetischen Schutzmacht. Ab 1985 wurden angesichts der ökonomischen Belastungen viele Soldaten in den wirtschaftlichen Einsatz geschickt, was negative Folgen auf ihre Gefechtsausbildung hatte. Die gesamte Militarisierung diente zudem nicht primär dem Militär, sondern der Durchsetzung des Machtanspruchs der SED. Entscheidungen der Landesverteidigung fielen zunehmend im Politbüro.

Neben den unterschiedlichsten militärischen Aspekten legt der Autor besonders das Verhältnis der SED-Führung zur Entspannung dar. Gerade deren Höhepunkt fiel mit dem Höhepunkt der Militarisierungsanstrengungen der DDR zusammen. In jenen Jahren stiegen ihre Militärausgaben um jährlich 8,9 Prozent, während das Nationaleinkommen lediglich um vier Prozent wuchs. 1988 gab das Regime offiziell 21,8 Milliarden Mark für die Militarisierung aus, weitere 3,4 Milliarden wurden verschwiegen. Ideologisch wurde weiterhin zur „Stärkung der Kampfkraft" aufgerufen mit dem Hinweis, nur sie sichere den Frieden. Parole war, „Die imperialistische BRD – das ist mein erbittertster Feind!" Viele Soldaten indes glaubten nicht daran, im Gegenteil: Die Bundesrepublik wurde zusehends zum Gradmesser der Leistungsfähigkeit des eigenen Systems.

Erste Differenzen zwischen Ost-Berlin und Moskau zeigten sich 1983, als die DDR-Selbstschußanlagen an der Grenze ohne Zustimmung des Großen Bruders abgebaut wurden, was man als „Verrat" ansah. War Honecker zunächst gegen die Aufstellung von Atomwaffen im Westen, so wandte er sich bald auch gegen eine Stationierung dieses „Teufelszeugs" auf DDR-Gebiet und stellte sich somit in Widerspruch zur UdSSR; dort schien man ihn 1984 sogar ablösen zu wollen. Keine drei Jahre später kam es zur direkten Distanzierung der SED-Führung vom Kreml. Sie sah bei der Einschätzung der eigenen Sicherheit in der Perestroika Gorbatschows „einen erstrangigen Risikofaktor" und in der SU „keine dauerhafte Garantie" der SED-Herrschaft.

Heiner Bröckermann: Landesverteidigung und Militarisierung, Links-Verlag, Berlin 2011, 953 S., 49,90 €

Bereits Ende 1988 war der Einsatz der Kampfgruppen gegen die eigene Bevölkerung „eine mehr als denkbare Option". Bei der Militarisierung gab es keinerlei Abstriche, weiterhin erfolgte die Erziehung zum Haß. Die DDR-Wehrpflichtarmee als Spiegelbild der Gesellschaft wurde zum Unsicherheitsfaktor, selbst die Führung sah keine generelle Zuverlässigkeit der Streitkräfte mehr. Nach internen Untersuchungen wäre im Kriegsfall knapp die Hälfte der Soldaten ihrer Treuepflicht gegenüber ihrem Regime nicht mehr nachgekommen. Am 9. November 1989 war das ZK angesichts Honeckers Abwesenheit führungslos. Nach dessen Sturz und der Zurückhaltung Moskaus hatten die meisten Mitglieder des Politbüros kaum noch Interesse an einer gewaltsamen Lösung. Viele ahnten gewiß das bevorstehende Ende.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Befreiung?

Die Ostdeutschen und 1945

Silke Satjukow: Befreiung? Die Ostdeutschen und 1945, Leipziger Universitätsverlag 2009, 288 S., 29,00 €

(VT) Deutschland im Frühjahr 1945. In die östlich der Elbe gelegenen Gebiete des Reiches ziehen zornige Sieger ein. Die Soldaten der Roten Armee nehmen wie selbstverständlich von Land und Leuten Besitz. Die ersten Tage und Wochen in der Sowjetischen Besatzungszone folgen der unerbittlichen Logik des verheerenden Krieges. Schon bald aber befehlen die Mächtigen in Moskau und Berlin einen Handschlag der Versöhnung. Eine neue „Freundschaft" soll gestiftet werden – ohne Rücksicht auf das Fühlen und Denken vor Ort. Fortan gelten die Deutschen offiziell als „befreit".

Das Buch beschreibt den Mythos und die Wirklichkeiten dieser Befreiung. Ob in Schulen oder Betrieben, ob in Massenmedien oder in Propagandakampagnen, ob während persönlicher Treffen oder gemeinsamer Manöver der Waffenbrüder – diese Freundschaft war allgegenwärtig. Aber wie lebendig war sie wirklich? Konnte und wollte sie die Köpfe und die Herzen der Menschen erreichen? Diesen Fragen geht das Buch anhand vieler überraschender Geschichten aus einem halben Jahrhundert der Besatzung nach. Am Ende steht ein bislang unbekanntes Bild vom Alltag in der DDR.

Der Kommunist und die Westpakete

Der spätere DDR-Dramatiker Peter Hacks (1928-2003) wurde in der schlesischen Hauptstadt Breslau geboren und geriet gegen Kriegsende 1945 in amerikanische Gefangenschaft. Im März 1946 konnte er in Wuppertal das Abitur ablegen. Er zog zu seinen Eltern, die nach der Flucht aus Schlesien im bayerischen Dachau eine neue Unterkunft gefunden hatten, und studierte Theaterwissenschaft in München, wo er 1951 von Artur Kutscher mit einer Arbeit über „Das Theaterstück des Biedermeier" promoviert wurde. Als freier Autor lebte er vier Jahre in München und bekam 1954 für sein zweites Drama „Eröffnung des indischen Zeitalters", das ein Jahr später in den Münchner Kammerspielen uraufgeführt wurde, den Dramatikerpreis der Stadt München zugesprochen. Sein Lehrmeister als Dramatiker war der in Ost-Berlin lebende „Stückeschreiber" Bertolt Brecht (1898-1956), auf dessen Spuren Peter Hacks 1955 mit seiner Frau Anna Elisabeth Wiede in den 1949 gegründeten „Arbeiter- und Bauernstaat" übersiedelte.

Da seine noch immer in Dachau lebende Mutter – Vater Karl Hacks war 1950 gestorben – Unverständnis zeigte für diesen Schritt, nahm sie ihrem Sohn das Versprechen ab, ihr jede Woche einen Brief nach Dachau zu schreiben und über seine Befindlichkeit zu berichten. Sohn Peter hat, oft mißmutig und widerwillig, dieses Versprechen eingehalten bis zum Tod seiner Mutter 1972. Die 450 Briefe sind erhalten geblieben und dürften heute als unersetzliche Zeugnisse aus den ersten DDR-Jahren des Dramatikers gelten. Aus diesem Konvolut sind zehn Briefe im dritten Heft 2012 der Berliner Literaturzeitschrift „Sinn und Form" abgedruckt. Auffallend bei diesem Briefwechsel ist, daß der überzeugte Kommunist Peter Hacks das „kapitalistische Westdeutschland" offensichtlich mit Abscheu verlassen hatte, in seinen Briefen aber offenbarte, daß er auf die Annehmlichkeiten einer „untergehenden Gesellschaftsordnung" keineswegs verzichten wollte und deshalb den Briefen an seine Mutter fast immer Einkaufslisten für Westwaren, die er dringend benötigte, beilegte oder bereits eingetroffene Waren ausführlich würdigte oder noch ausgebliebene bei der Mutter anmahnte. So wünschte er sich zum Beispiel Käse, Rosinen, Pampelmusen, Schokolade, Mixed Pickles, Marshmallows, Nüsse, Gelatine, Oliven, Fruchtkonfekt, verschiedene Teesorten (bevorzugt waren die von Dallmayr in München), Klopapier, „Fuß-Frisch"-Spray, Waschmitteleimer von Dash oder Kosmetika für seine Ehefrau. Offensichtlich war er damals nicht in den anderen Teil Deutschlands umgezogen, sondern nach Sibirien!

Mit ihren geringen Geldmitteln als Rentnerin hätte seine Mutter diesem Aufschrei nach Westwaren überhaupt nicht nachkommen können. Peter Hacks aber ver-

Veranstaltungen

20.9. (Do), 19.00 Uhr:

Überwachung – Die Staatssicherheit im Raum Dessau-Roßlau. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Elise Catrain, BStU; Veranstaltung d. BStU Halle u.a.; Ort: Stadtarchiv Dessau-Roßlau, Lange Gasse 22, 06844 Dessau-Roßlau

22.9. (Sa), 19.00-24.00 Uhr:

„Aktenzeichen Stasi – gelöst". Lesung von Baldur Haase aus seinem noch unveröffentlichten Buchmanuskript; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus Gera, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

23.9. (So), 16.00 Uhr:

Feindberührung. Dokumentarfilm v. Heike Bachelier, Gespräch mit Peter Wulkau, Protagonist; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Kulturzentrum Moritzhof Magdeburg, Moritzplatz 1, 39124 Magdeburg

25.9. (Di), 18.00 Uhr:

Grenzüberschreitungen. Die Schriftverwirklichungsgesellschaft der DDR und ihre literarischen Handlungsmöglichkeiten. Podiumsgespräch der Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

25.9. (Di), 19.00 Uhr:

Im „Operationsgebiet". Die Westarbeit der Staatssicherheit. Podiumsdiskussion, Filme und Präsentationen; Veranstaltung d. BStU; Ort: Bildungszentrum d. BStU, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin

26.9. (Mi), 19.00 Uhr:

„1972 – Vom Schauprozeß zur Zersetzung: Die Neuausrichtung der Staatssicherheit gegen die Opposition." Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „4 aus 40 Jahren"; Ort: Vertretung d. Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, Berlin-Mitte

27.9. (Do), 14.00-19.30 Uhr:

Besuchertag. Führungen, Beratungen zur Akteneinsicht, Ausstellungen. 14.30 und 16.30 Uhr Archivführungen; 18.00 Uhr: Lesung und Zeitzeugengespräch „Schattenfrauen". Diskussion über Schuld, Sühne und Stasi-Haft mit Autorin Reinhild Solf, Schauspielerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

27.9. (Do), 18.00 Uhr:

„Ich wollte frei sein" – Die Mauer, die Stasi, die Revolution. Lesung der Autorin Vera Lengsfeld aus ihrer Biographie, anschl. Diskussion; Veranstaltung d. Dokumentationszentrums am Moritzplatz d. Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt; Ort: Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg

27.9. (Do), 18.30 Uhr:

Teilung und Mauer – Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Vortrag u. Diskussion; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

27.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Knastmauke". Lesung u. Gespräch mit Autorin Dr. Sibylle Plogstedt; Eintritt 3,– €; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

2.10. (Di), 19.00 Uhr:

„Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren". Wenige Tage vor dem 100. Geburtstag v. Erwin Jöris liest Autor Andreas Petersen aus seinem Buch. Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

3.10. (Mi), 10.00-18.00 Uhr:

Tag der offenen Tür. Führungen, Lesungen und Zeitzeugengespräche. Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

9.10. (Di), 10.00-12.00 Uhr:

Leipzig – Herbst `89 Aufbruch zur Demokratie. Der 9. Oktober – Wir sind das Volk. Zeitzeugengespräch mit Roland Jahn. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

9.10. (Di), 10.00-18.00 Uhr:

Informationstag „Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?". Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Historisches Rathaus Wolgast, Rathausplatz 10, 17438 Wolgast

9.10. (Di), 18.00 Uhr:

Gekaufte Freiheit. Häftlingshandel zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland. Veranstaltung d. Stiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972-1990"; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.10. (Di), 19.00 Uhr:

„Tod dem Verräter". Die Stasi und der Fall Lutz Eigendorf. Filmaufführung u. Gespräch mit Dr. Hans-Jürgen Grasemann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Aula der ehemaligen Offiziershochschule der Grenztruppe der DDR, Weidbergstr. 14, 98527 Suhl

9.10. (Di), 19.30 Uhr:

Konsequenter Antifaschismus? Die Nazi-Vergangenheit Thüringer SED-Funktionäre. Vortrag u. Gespräch mit Sandra Meenzen, Doktorandin a.d. Friedrich-Schiller Universität Jena; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

diente mit seinen Theaterstücken auch in Westdeutschland Geld, harte Westmark nämlich, die er, dazu war er verpflichtet, hätte an eine DDR-Bank transferieren und beim Finanzamt angeben müssen. Das tat er auch, überredete aber, obwohl er in Ost-Berlin als überzeugter Kommunist auftrat, seinen Münchner Verleger vom Drei-Masken-Verlag, von jedem Honorar einen Teil abzuzweigen und seiner Mutter zu überweisen, die davon die heißbegehrten Westwaren bezahlte. Noch zehn Jahre nach dem Umzug von München nach Ost-Berlin dankte er unter dem Datum des 30. Mai 1965 „für das Freßpaket" und bat zugleich um urologischen Tubentee, Reyno-Zigaretten und „Shepard`s Hotel" (Zigarettenmarke). Als ihm seine Mutter einen Kaffeeautomaten schickte, war er außer sich vor Freude und schrieb am 5.Dezember 1965: „Die Kaffeemaschine ist aufregend. Das weißgoldene Muster paßt ja genau, entweder zu dem Fürstenberg-Service oder dem KPM-Service…" Peter Hacks lebte offensichtlich schon damals in der kommunistischen Zukunft, die freilich ohne Westwaren nicht möglich war.

Da er bis zuletzt befürchten mußte, bei Mutter und Bruder Jakob, der noch dazu aktives FDP-Mitglied war, auf Unverständnis für seinen Schritt über die innerdeutsche Grenze zu stoßen, schnitt er dieses Thema auch nur einmal an und äußerte sich am 9. August 1955 belustigt über die Ansichten seiner Mutter: „Es ist mir bekannt, daß Du unsere Existenz so verstehst, daß wir mit gedrückten Gesichtern auf einem Ruinenhaufen sitzen und vom Staatssicherheitsdienst mit Kaviar gefüttert werden… Ich werde nicht versuchen, Dir das auszureden. Es ist mir in fünf Jahren nicht gelungen, und es wird mir in weiteren fünf Jahren nicht gelingen. Du wirst uns mal für zwei Wochen besuchen, dann erledigt sich das von selber." Er verzichtete auch darauf, seinen westdeutschen Verwandten Erklärungen darüber abzugeben, warum seine beiden Gegenwartsstücke „Die Sorgen und die Macht" (1959) und „Moritz Tassow" (1961) verboten worden waren. Wie andere DDR-Autoren auch, die mit Staat und Partei in Konflikt geraten waren, vermied er es fortan, sich auf die riskante Gestaltung von Gegenwartsstoffen einzulassen, sondern bearbeitete Vorlagen aus der Antike und der deutschen Klassik. Mit der Komödie „Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe" (1974) konnte er seinen größten Erfolg feiern.

Jörg Bernhard Bilke

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Ernst-Adolf Auert, Rosemarie Badock, Norbert Behle, Uwe Behne, Günter u. Susan Bellmann, Klaus Bohlken, Dora Bran-

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung"),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

denburg, Alfred Dittmann, Hannelore Enigk, Margarete Erdmann, Peter G. M. Feige, Georg Fischer, Brigitte Förster, Ursula Franke, Bernd Freudenhagen, Detlev Friedel, Volker Fütterer, Renate Gebel, Wolfgang Gillner, Rolf Göbel, Kurt Göringer, Dr. Horst u. Hannelore Graichen, Alexander Grow, Ulrich Haase, Dr. Rolf Haberland, Karl-Heinz Hager, Wolfgang Heilmann, Andreas Martin Herzog, Rudolf Hoffmann, Dr. Hartmut Holz, Theodor Illing, Eva Irmsch, Manfred Jope, Hans Joachim Kaiser, Frank Karnbach, Gunther Kollensperger, Siegfried Koschwitz, Heinz Koß, Hans Georg Kriebel, Renate Krone, Dr. Erich Loest, Dr. Rainer Löhnert, Ruth u. Leo Lüpkemeier, Maria Mannack, Eva Marte-Morszeck, Peter Menzel, Renate Moczigemba, Alfred Müller, Eva-Maria Neumann, Karl-Heinz Neumann, Roland Ode, Volker Pilz, Eike Christine Radewahn, Paul Radicke, Adelheid Raschke, Anneliese Ringleb, Prof. Dr. Gert Robel, Dr. Karl-Dietrich Rösch, Lothar Rühl, Ursula Rumin, Anita Schmidt, Siegbert Schmolke, Karl Schober, Fritz Schüler, Roswitha Schulte-Karring, Ulrike Schultz, Eberhart Herbert Schulz, Ursula u. Udo Schulz, Werner Selka, Günter Senf, Steffen Senf, Sylwester Seraczek, Gisela Söth, Dieter Starke, Johannes Stefan, Paul Steffen, Roland Steinbach, Erika Steinz, Joachim Stern, Elke Straube, Gabriele Streckfuß, Oskar Stück, Dieter Svoboda, Martin Taatz, Annemarie Vowe, Margarete Weise, Herbert Winter, Eckhard Wolfermann, Gisela Wollscheit, Gerhard Wunderlich, Ursula Wünsche, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wenn du im Recht bist, kannst du dir leisten, die Ruhe zu bewahren; und wenn du im Unrecht bist, kannst du dir nicht leisten, sie zu verlieren.

Mahatma Gandhi

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg
Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)
Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändekoordination: Carola Schulze, Florian Kresse, Katrin Behr
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93 51
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,– Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. August 2012